

Der Rotbuch-Verlag hat beschlossen, den Preis der Prokla ab Heft 62 um 1,— DM zu erhöhen, so daß das Einzelheft DM 16,— und im Abo DM 13,— kostet.

Wir sehen darin die Gefahr, daß die Anzahl der Kopien steigt, die der Käufer jedoch sinkt. Da wir weiterhin am bisherigen inhaltlichen Konzept einer theoretischen Zeitschrift für sozialistische Politik festhalten wollen, — auch wenn dies ein permanenter Suchprozeß ist, der nur begrenzte Sicherheiten bietet — müssen wir uns etwas Neues im Bereich von Werbung und Vertrieb einfallen lassen.

2. Konsequenzen — Mitarbeit

- *Abonniert die Prokla in Eurem Buchladen!* Ihr spart nicht nur DM 3,— pro Heft, sondern verbessert die Chance, daß somit überhaupt eine Prokla in den Buchladen kommt. Außerdem kann es nicht schaden, mindestens alle 3 Monate einmal in einen Buchladen zu gehen.
- Insbesondere in den Universitätsstädten spricht mit den Buchhändlern über die Prokla, damit sie zumindest mit den letzten Nummern vorrätig ist. Wir schicken Euch gerne Plakate oder Werbematerial.
- Die Buchhandlungen, die die Prokla regelmäßig führen, werden namentlich in der Prokla genannt. Wir werden im Laufe des Jahres eine derartige Rubrik einrichten. *Schickt uns bitte die Adressen dieser Buchläden.*
- Prüft, ob die Prokla in den jeweiligen Bibliotheken vorhanden ist. Wenn nicht, regt Bestellungen an.

Wir wollen keinen eigenen Vertrieb aufbauen. Aber wir brauchen Eure Mitarbeit, um dafür zu sorgen, daß die Prokla zumindest in den wichtigsten Buchhandlungen und Bibliotheken der Universitätsstädte vorrätig ist.

Nach dem Erfolg unseres »Aufrufes zur Mitarbeit« (in Heft 59 — der Aufruf gilt noch immer) bitten wir Euch auch um Anregungen und Mitarbeit zur Verbesserung des Vertriebs.

Wenn wir in dieser Prokla im Themenschwerpunkt u.a. drei ausländische Beiträge anbieten können und darüber hinaus außerhalb des Schwerpunktes einen eigenen Beitrag zur Methoden-/Theoriediskussion sowie einen langen Artikel von Agnoli zur »Transformation der Demokratie«, dann freuen wir uns nicht nur über dieses Heft, sondern wir wissen auch, daß dies ein Ergebnis derer ist, die die Prokla ideell und materiell unterstützen. Nur so ist es möglich, daß die Prokla in diesem Herbst ihren 15. Geburtstag feiern kann.

Johannes Agnoli Zwanzig Jahre danach Kommemorativabhandlung zur »Transformation der Demokratie«

»Ich habe das alte Haus inzwischen liebgewonnen.«

(Eine grüne Abgeordnete über den Bundestag)

»Die Institutionen sind mächtiger als die einzelnen Menschen.«

(Marx)

Einleitend

Zwanzig Jahre sind eine lange Zeit. Der jetzige Zeitpunkt: die Tendenzwende nach den sozialliberalen — sagen wir Reformversuchen, bietet sich als überaus günstige Gelegenheit, das Verhältnis der Linken zur Demokratie, zum Verfassungsstaat, zu den Klassen und den Massen neu zu bedenken. Es gilt, all das zu überprüfen, zu korrigieren — oder zu bestätigen, was wir hierzulande gedacht, gemacht, vorgeschlagen und perspektivisch geöffnet haben oder öffnen wollten. Sofern die allgemeine Thematik freilich sich auf das Verhältnis der Linken zur Demokratie bezieht und dabei unter Demokratie die in Westdeutschland herrschenden Zustände meint, scheint sie mir der Änderung bedürftig. Denn sie unterstellt eine in Wahrheit vorhandene Volksherrschaft; sie hält also für wahr, was in jedem Sozialkundebuch steht und im Grundgesetz festgelegt ist: daß das Wahlvolk zumindest in seiner Vertretung das wirkliche Zentrum, das Subjekt der politischen Macht sei. Die Fragestellung verwandelt sich derart unversehens in die Gretchenfrage der Linken. Die »Demokratie« als unschuldiges Gretchen fragt uns böse linke Heinriche, wie es denn um unser politisches Glaubensbekenntnis stünde. Die Rationalität des Problems stellt sich aber erst in der Umkehrung her: was von den demokratisch genannten Eigenschaften des bürgerlichen Verfassungsstaats und seiner Institutionen zu halten sei. Wie weiland bei Aristoteles in dem Verhältnis zwischen Koch und Gast: *Wir* haben das Fragerecht, nicht die konstituierte Ordnung. Darum geht es also nach wie vor. Es geht aber auch — wie es sich gleich zeigen wird — um Persönliches. Ich bitte die sonst streng objektiv-wissenschaftlich eingestellten Leser der Prokla um Nachsicht, wenn in diesem Beitrag — zumal am Anfang — Persönliches auftaucht. Nicht, daß ich von der berühmten Parole viel hielte: das Persönliche sei politisch, da ich das Politische eher negativ besetze und auf die Rückgewinnung der gesellschaftlichen und persönlichen Autonomie gegenüber der Form Staat und aller staatlich-politischen Gewaltförmigkeit durchaus Wert lege. Darin sehe ich überhaupt das Geschäft, auf das ich mich schon seit längerer Zeit einließ, und mit dem die ganze Linke sich befassen sollte: Die Politik theoretisch und so weit wie möglich auch praktisch zu kritisieren. Gerade in diesem Punkt vermischten sich Sache und Person, Projekt und Subjekt, anlässlich einer denkwürdigen Veranstaltung, in der über die »Transformation der Demokratie« (1967; im folgenden zitiert nach der 2. Auflage 1968, akademischem Brauch gemäß TdD genannt) und über meine Positionen verhandelt wurde — in meiner, durch alltägliche Umstände erzwungenen Abwesenheit.¹ Nun soll dies alles eher Gelegenheit

sein, einige Begriffe und selbst einige geschichtliche Daten zu klären, zum Behufe einer besseren, stichhaltigeren Überprüfung der vor zwanzig Jahren vorgeschlagenen Analysen unserer politischen Zustände.

Die denkwürdige Veranstaltung

Sie fand in einem größeren Rahmen statt, als Teil und Sitzung eines beachtenswerten und beachteten Gedenkkongresses, der ohne erkennbares Jubiläumsdatum, vielmehr zufällig und aus Gründen akademischer Betriebsamkeit zustandekam, vorläufig folgenlos zwar, aber zumindest publizistisch erfolgreich zu sein schien — und an dem des SDS und der Revolteeпоche der 60er und 70er Jahre gedacht wurde. Genauer ging es um das Jahr 1968. In der Öffentlichkeit fehlte es ebensowenig an einer Ironisierung der Veteranen, die sich gegenseitig Irrtümer vorwarfen, zugleich aber sich der »Taten erinnerten, welche geschahen« (Hölderlin); wie an dem Hinweis auf die »Nostalgie« — beides belanglose Anwürfe für diejenigen, die dabei waren und darüber denken wie über die Kanonade von Valmy. Ich vermute ohnehin, daß eines Tages das Jahr 1968 ebenso in die geschichtliche Erinnerung eingehen wird wie das Jahr 1848 — auch Datum eines gescheiterten Schritts zur Emanzipation. »E' tutto un quarantotto«, sagt man noch heute in Norditalien, um Rebellion, Chaos und Befreiung aus verhaßter Herrschaft zu bezeichnen. Keine Nostalgie, sondern Neudenken eines nach vorne gerichteten Anspruchs.

In diesem Zusammenhang konnte es nicht ausbleiben, daß — ebenso folgelos wie erfolgreich — auch über die Parlamentarismus-Diskussion der APO (mir wäre der Ausdruck AIO lieber, sprachlich andere Assoziationen hervorrufend und korrekter die außerinstitutionelle Perspektive anzeigend, um die es uns anfänglich ging) Altes, Neues und Originelles mitgeteilt wurde. In freundlicher Erinnerung rückte also die von mir und Peter Brückner gemeinsam vorgelegte Studie über die Transformationen in den Mittelpunkt, die der westliche Staat (stellvertretend: die Bundesrepublik) und das Bewußtsein der in ihm lebenden Individuen nach der Zerschlagung des Faschismus erfahren hatten. Die Gelegenheit wäre günstig, und die intellektuelle Potenz der Kongressteilnehmer durchaus in der Lage gewesen, Aktualität, Gültigkeit, Brüchigkeit einer nunmehr 20 Jahre zurückliegenden Analyse zu überprüfen, meine — wie sie richtigerweise genannt wurde — »Involutionstheorie« des Verfassungsstaats an den Veränderungen zu messen, die inzwischen eingetreten sind. Um einige Punkte und Fragen zu nennen, die von mir gewiß nicht absichtslos oder zufällig herausgegriffen, sondern in eindeutiger Absicht ausgewählt worden sind: ist die Verlagerung des Klassenkonflikts auf den horizontalen Verteilungskonflikt gescheitert, gar umgekippt? Ist die institutionelle Strategie des Pluralismus ad absurdum geführt oder ohnmächtig geworden? Ist das Parlament, der grün angereicherte Bundestag doch noch zum Zentrum der politischen Form geworden, verkörpert er inzwischen die Präsenz und verwirklicht er die Verfügungs- und Entscheidungsgewalt des Volkes? Wer hat nun das Richtigere getroffen: Carl Schmitt mit seiner These von der parlamentarisch bedingten Destabilisierung und Partikularisierung der Staatsmacht oder meine Mutmaßung, daß gerade das parlamentarische System ein Verfahren zur Herbeiführung friedlich-integrativer Reproduktionsformen sei. Man möge mir die grobe Ironie nachsehen: haben wir 20 Jahre danach »mehr Demokratie«, eine größere Eingriffsmöglichkeit der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsprozesse?

* »Es ist wie in der 48er Revolution...«

Was hat sich geändert, daß die ganze Theorie der TdD als obsolet zu betrachten wäre? Ich räume ein, daß es der Möglichkeiten der Falsifizierung viele gibt. Wir erleben zur Zeit — und nicht nur in der Bundesrepublik — eine Tendenzwende. Zumindest hören wir davon. Das könnte bedeuten, daß in der Tat der Involutionenprozess sich umgekehrt und sich umtransformiert hat in einen Evolutionsprozess, der uns zu neuen Ufern der Emanzipation führt. Es wäre nachzusehen, inwieweit der westdeutsche Staat, der Verfassungsstaat überhaupt wenn nicht vor der Selbstauflösung, so doch zumindest vor der Humboldtschen Selbstbescheidung stünde; und ob die Gesellschaft sich die öffentliche Verfügung über sich selbst zurückholte, die sie vor langer Zeit der Politik und der Form Staat übereignet hatte. Weder Involution, noch die von Wolf-Dieter Narr so sehr gefürchtete »Landnahme« behielten Aktualität. Vielmehr: »Weniger Staat, mehr Markt« — es klingt beinahe wie die Erfüllung eines anarchistischen Blüentraums. Es bedeutet in Wirklichkeit genau das Gegenteil. Offensichtlich hatte sich der sozial genannte Staat, wenn auch nur geringfügig, von seinem Zweck entfernt, Garant der Reproduktion einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft zu sein. Das heißt: von Entfernung kann gar keine Rede sein. Er hatte in löblicher Weise versucht, wie weiland Giolitti anfangs der 20er Jahre in Italien, die in den 60er Jahren in ganz (West-)Europa aus den Fugen geratene Gesellschaft durch eine Erhöhung der Integrationskosten (Lohnpolitik, Bildungsurlaub, Stipendienvergabe, Betriebsverfassungen) wieder fügsam zu machen — ökonomisch unvermeidlicherweise auf Kosten der Akkumulationsrate und der unternehmerischen Verfügungsgewalt — und überdies zu einem Zeitpunkt, als die endemische Krise einsetzte und das Kapital an anderen Formen der Integration sich interessiert zeigte. »Mehr Markt«: kein Flug ins Autonome also, sondern Rückbesinnung der politischen Klasse (eine Gesinnungsinvolution) auf das eigene Geschäft, für die Identität von bonum comune und Gewinnspanne zuständig zu sein und nicht für die Identifikation des bonum comune mit der salus populi.

Es hätte in der Tat genügend aktuelle Fälle gegeben, die Involutionstheorie, jenseits der im Grunde banalen Thematik der Wahlbeteiligung dissidenter Bewegungen, zu falsifizieren und zu Fall zu bringen. Ich schlage zur Überprüfung eine Einrichtung vor, die in der TdD gewiß nur eine Randrolle spielt, ohnehin nicht zum harten Kern des Verfassungsstaats gehört, im Zusammenhang von Herrschaft und Öffentlichkeit aber eine durchaus originelle Funktion ausübt: das Institut des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der Untersuchungsausschuß des Bundestags, der sich mit allerlei dunklen Geldtransaktionen und mit der Tätigkeit einiger Dunkelmänner befaßte, erlangte in der Öffentlichkeit eine noch nie dagewesene Bedeutung. »Nur Fundamentalopposition ist daran interessiert, politische und gesellschaftliche Mißstände schonungslos aufzudecken« (TdD 1968, 81). Aufdeckung fand in der Tat statt, Schonungslosigkeit machte sich breit. Das Volk konnte zufrieden sein und zufriedengestellt werden — das Volk, das ist wir alle, die mit großem Vergnügen und großem Gewinn den Verlauf der Untersuchung in der Presse verfolgten, um dann überrascht festzustellen, daß trotz Schilys tapferen Verhaltens am Ende das Institut doch so funktionierte, wie in der TdD analysiert: »Zentrum einer gesellschaftlichen Machtfunktion, das sich auch zum Subjekt unmittelbarer Bedürfnisse entwickeln kann, unter Umständen aber eine Fiktion darstellt oder durch einen fiktiven Stellenwert charakterisiert ist ... (Es geht um) symbolische Einrichtungen, die über keine effektive Macht verfügen, im Machtsystem jedoch spezifische Aufgaben erfüllen — ohne die also ein Machtsystem brüchig werden könnte« (TdD 1968, 56). Freilich könnte darauf hingewiesen werden, daß ein mutmaßlicher Dunkelmann, obzwar Minister, gehen und sich einem Gerichtsverfahren unterziehen mußte. Nur scheint mir der Weggang

eines Ministers, des Verdachts wegen, unbefugterweise silberne Löffel geschenkt erhalten zu haben, zwar erfreuliche Aspekte zu haben. Als Beweis einer fundamentalen Tendenzänderung von der Involution zur Evolution, von der Verstaatung der Gesellschaft zur gesellschaftlichen Autonomie, von der Transmissionsrolle des Parlaments zu einer neuen, emanzipatorischen Aufgabe — kurz: als Falsifizierung der Involutionstheorie sind all diese Ereignisse ziemlich dürftig.

Darüber hätte ich also gerne mit den alten Genossen und mit der so oft genannten, neuen Studentengeneration diskutiert und gestritten. Wie gesagt: es ging nicht. Ich wurde sehr häufig direkt ad personam angesprochen, in prima persona zu reden war mir leider nicht vergönnt. Ein betrüblicher Umstand, fürwahr. Indessen: einigen Diskutanten erschien der Umstand so betrüblich wiederum nicht, vielmehr der Rede- und Gedankenfreiheit durchaus dienlich. Von mir aus fraglos sehr subjektbezogen und, wie erwähnt, persönlich gesehen: da der Missetäter fehlte, konnte um so freizügiger über seine Positionen hergezogen werden. Wieder bäte ich die Leser gerne um Nachsicht. Wie gesagt, zwanzig Jahre sind eine lange Zeit und Korrekturen sind denkbar, vielleicht notwendig. Damals gab es die Grünen noch nicht, die Alternative verstand sich als klassen- und nicht als umweltbedingt; die Kanzler waren intelligent und redeten keinen Kohl. Verfassungsstaat oder was sonst — so lautete die Parole; und nicht, ob Abgeordnete rotieren sollten oder sich permanent etablieren. Die sachliche Auseinandersetzung über Gültigkeit und Zeitbedingtheit des »Involutionsansatzes« ging unter in einer eigentümlichen Art von Quellen- und Motivationsforschung. Man gefiel sich sehr in der Suche nach Vorbildern und Absichten der TdD, nach Vergangenheit und vormaliger Orientierung — wohl der mittelalterlichen (oder auch linken) scholastischen Methode gemäß, das Kriterium (criterium veritatis — so wurde es genannt) für Sinn, Wert und Richtigkeit einer Theorie nicht in der Sache selbst und in der adaequatio ad rem zu suchen, sondern in der reconductio ad auctoritatem. Woher also die TdD: Schmitt, Kirchheimer, Pareto, Spirito, Plato; oder aus jugendlichem Erlebnis, Gymnasialzeit, Krieg, Studentenzeit und entsprechenden Theorievorbildern? Erweist sich nun die vermeintliche Quelle als famos oder als dubios; die entdeckte, autoritativ gegründete ursprüngliche Motivation als erkennbar oder bestreitbar, so kann danach auch das Urteil über die diskutierte Theorie ausfallen. Die Beschäftigung mit der Sache selbst erübrigt sich. Zu dieser Art, sich mit Autoren statt mit Problemen zu beschäftigen, gleich eine zwar nicht notwendige, aber doch nützliche Bemerkung. Sie soll den Diskutanten zum Begriff verhelfen, deren Denken offensichtlich und bequem nur in Vorstellungen verharret (vgl. Hegel, Phänomenologie des Geistes, Schlußsatz der Schädellehre).² Zunächst aber eine geschichtliche Erinnerung, ganz im Sinne einer Gedenkveranstaltung, die auch zur begrifflichen Klärung gehört und Mißverständnisse über die TdD ausräumen könnte.

Zur Vorgeschichte der »Transformation«

Geschichtliche Erinnerungen, die unvermeidlicherweise zuweilen sich mit Lebenserinnerungen vermischen, dienen auch der Richtigestellung mystologischer Neu- oder Spätdeutungen, die mit Daten und Fakten willkürlich verfahren und zum Beispiel aus dem Zusammentreffen von Schrift und Ereignis ein Mysterium besonderer Art machen: die »Bibel der APO«. Dies zurecht zu rücken ist um so interessanter, als Rezensenten, Historiographen und sonstige Autoren offensichtlich mit der zeitlichen Reihenfolge der Weltgeschichte nicht ganz zurecht kommen. Teils aus banalen, zufälligen Gründen: so schrieb das »Argument« 1970 in

einer, übrigens sehr wohlwollenden und lobenden Besprechung, die TdD sei »ein wichtiges Produkt der Studentenbewegung«, welche bekanntlich vor 1970 begann. Und ein bedeutsamer Leviathan-Autor, der den Einfluß Kirchheimers (1967) namentlich auf meinen Teil der schmalen Schrift nicht ohne Erfolg zu beweisen sich bemühte, verlegte zum Behufe der Richtigkeit seiner Beweisführung das Erscheinungsdatum der TdD um zwei ganze Jahre nach hinten, also auf das Jahr 1969. Es menschtelt halt allenthalben, wie die Schwaben zu sagen pflegen. Also komme ich zur Sache, eine Sache, die sich mit einer der aufrichtigsten Persönlichkeiten der deutschen Linken und mit einem der klarsten Kritiker der westdeutschen Mißstände verbindet.

Als Brückner und ich den Plan faßten, nach dem Scheitern eines verlegerischen Projektes gemeinsam über Politik, Gegenwart und Staat etwas zu veröffentlichen, stand die später so genannte Studentenbewegung, (also: die Protest- und Revoltebewegung der 60er Jahre) noch nicht auf der Tagesordnung. Man stand eher unter dem Eindruck der glücklicherweise sich als falsch erwiesenen Habermasschen Untersuchung über Student und Politik. Die damals noch junge Bundesrepublik galt als Modell eines friedenspolitischen, stabilen und westdemokratischen Staats: ohne Klassenkämpfe, ohne institutionelle Krisen mit kontinuierlicher Wachstumsrate. Das Schlagwort »Modell Deutschland« gab es schon in der Adenauer'schen Zeit und tauchte, nach meinem Wissen, erstmalig 1960 auf, anlässlich eines von mir gehaltenen, mißglückten Referats an der Universität Florenz. Mißglückt insofern, als ich naiv über die westdeutschen Zustände kritisch zu referieren glaubte, während der einladende Professor, Giuseppe Maranini, der große alte Herr der italienischen politischen Wissenschaft, aus meinen Ausführungen nur Erfreuliches heraushörte und also beschloß: »Dobbiamo prendere la repubblica federale come modello di stato democratico moderno*«. In die Gültigkeit dieses Modells schlug zunächst Peter Brückner ein. Als wir uns erstmalig trafen (bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung), war er mir schon bekannt, ich ihm ein Unbekannter. Meine, wenn man so sagen kann, Urfassung der Transformation, »Demokratie und Neue Obrigkeit« eine kurze Analyse der Vermählung von parlamentarischem System und obrigkeitsstaatlicher Politik im sogenannten CDU-Staat) blieb unbeachtet oder ungelesen. Brückners Vorschlag aber: »Erziehung zum Ungehorsam«, hatte Signalwirkung für die immer noch verunsicherte Linke. Ich selber erkannte in Brückners Ausführungen die Übersetzung meiner politischen Kritik ins Psychologisch-pädagogische und die Geburtsstunde der späteren antiautoritären Erziehung.

Die Anregung, mich näher mit dem politischen System der BRD zu beschäftigen, ging von Ossip K. Flechtheim aus — zunächst zwecks Herstellung einer Habilitationsarbeit. So begab ich mich Ende Februar 1965 zusammen mit Steffani nach Bonn, um vor Ort Informationen, empirisches Material und arcana über Vor- und Hintergründe einer parlamentarisch verfaßten Republik zu sammeln. Ein erstes, synthetisierendes Ergebnis dieser Forschungsarbeit erschien im gleichen Jahr in Lelio Bassos Zeitschrift »Problemi del socialismo« mit dem Titel: »Il regime parlamentare nella repubblica federale**« — sozusagen, und wenn die vergleichende Anmaßung erlaubt ist, mein Rohentwurf der späteren TdD und zugleich die Enthüllung des Geheimnisses im Titel dieses Beitrags: eben 20 Jahre danach. Noch wichtiger freilich, daß Ende 1965 Peter Brückner sich beim Kölner SDS meinen Vortrag über »Verfassung und Herrschaft« anhörte — eine weitergehende Fassung des ersten Entwurfs. Brückner hatte

* »Wir müssen die Bundesrepublik als das Modell eines modernen demokratischen Staates ansehen.«

** »Das parlamentarische Regime in der BRD«

kurz zuvor vom Fischer-Verlag den Auftrag erhalten, einen Sammelband über die Bundesrepublik, ihre Politik und ihre gesellschaftlichen Probleme zu besorgen. Seinem Vorschlag folgend schrieb ich für den Sammelband — eben die »Transformation der Demokratie« —, allerdings mit dem Arbeitstitel »Verfassung und Herrschaft«. Dabei spielte das politische System der Bundesrepublik für mich nur eine exemplarische und exemplifizierende Rolle. Auch Brückner war mehr an einer generalisierbaren Analyse des modernen bürgerlichen Staats und dessen institutioneller Strategie interessiert. Die geschichtliche Funktion des bürgerlichen Staats vorausgesetzt (und nicht erst »abgeleitet«), die Reproduktion einer kapitalistisch produzierenden, bürgerlich bestimmten Gesellschaft zu garantieren, galt es zu untersuchen, wie diese allgemeine Funktion im Einzelnen, in ihren Einrichtungen und durch ihre Organe funktionierte: wie werden staatliche Institutionen benutzt und transformiert, um als Instrumente der Friedensstiftung in einer konfliktual strukturierten Gesellschaft zu dienen; um mögliche Einbrüche unbotmäßiger (akkumulationswidriger) Impulse oder Bewegungen einzudämmen. Instrumente einer gewaltförmigen, aber unblutigen und rechtlich friedlichen Konterrevolution. Das war und ist gewiß nichts Neues: der Staat eliminiert die Bedingungen eines latenten Bürgerkrieges. Das Neue lag höchstens darin, daß dies offen und offensichtlich überzeugend dargestellt wurde. Der Fischer-Verlag lehnte meinen Beitrag ab — übrigens aus Gründen, die mit den Quellen und Motiven der Berliner Kongreß-Diskutanten nichts zu tun hatten. Die Kritik an den bundesrepublikanischen Zuständen hielt sich damals noch in den Grenzen der Frankfurter Schule und der Marburger Perspektive einer Diskrepanz zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit. Peter Brückner gab seinen Auftrag zurück und schlug mir einen Einzelgang vor: eine gemeinsame Schrift über die Politik des Verfassungsstaats (Agnoli) und über das politische Bewußtsein, das dieser Politik die Zustimmung gibt (Brückner). Der Titel meines Beitrags hieß nach wie vor »Verfassung und Herrschaft«. Es ist dem glücklichen Einfall des jungen Berliner Verlegers Neumann zu verdanken, aus dem Titel des ersten Abschnitts meines Textes den Gesamttitel der Schrift gemacht zu haben. Also: Transformation der Demokratie. Die ursprüngliche Fassung traf das Richtigere, hätte vielleicht auch interessierte Fehldeutungen verhindert, aber dem schmalen Bändchen weit weniger Erfolg beschert. Brückners Beitrag über die subjektive Seite des politischen Konsenses fiel bekanntlich anders aus als geplant, als am 2. Juni 1967 ein »jeder rationalen Kontrolle entglittener Polizist« (TdD 1968, 91) in Erfüllung seines Amtsauftrags und durch Gebrauch seiner Dienstwaffe Benno Ohnesorg irrträglich exekutierte und mit seinem Irrtum die Grenzen der subjektiven Rechte im objektiven Staatsrecht anzeigte. Da kurz darauf aus der TdD eine linke »Parlamentarismus-Kritik« und die »Bibel der APO« wurde, bot sich beim Berliner Gedenkkongreß 1985 die Aktualisierung von selbst an. In der BRD gibt es heute eine Fundamentalopposition mit teilweise außerinstitutionellen, strategischen Vorschlägen, die sich nicht nur etwa anschickt, ins Institutionelle einzukehren, sondern schon längst darin wirkt und sich dabei — Vernünftiges, Massenfreundliches und, obzwar ideologisch widerwillig sogar Fortschrittliches veröffentlichend (und das ist gewiß nicht geringwertig) — sehr wohl fühlt. In der TdD steht aber — *horribile dictu* — Kritisches darüber: daß die Herrschaft sich stabilisiert, »wenn die Opposition ihren fundamentalen Charakter ablegt und sich konstitutionalisiert«; und dabei die »formale Seite — die Einhaltung der Spielregeln — ergänzt ... durch die materiale Verkürzung der gesellschaftlichen Opposition zu einem nur staatlich, nämlich parlamentarisch wirkenden Aktionszentrum«. Und noch schlimmer: »In den westlichen Ländern ist die Parlamentarisierung der Linken zu einer Lebensfrage des Kapitalismus geworden« (TdD 1986, 74 f.). Daraus droht nun die Lebensfra-

ge der oppositionellen Linken zu werden. »Wir werden zermalmt zwischen unserer radikalen Absage an das System und der Mitwirkung am Funktionieren des Systems« — so ein italienischer Radikaler auf dem letzten Kongreß seiner Partei (vgl. Il Tirreno, 3.11.85, 2). Wohl gemerkt, das sind andere Probleme der fundamentalen Opposition als die von den so genannten Fundamentalisten, Antiaufklärern und Bahro-Mystologen aufgeworfenen, die mit ihrem Meister um Gott, den uralten Turm, kreisen und immer noch nicht wissen, was sie sind: »ein Falke, ein Sturm, oder ein großer Gesang« (Rilke, Stundenbuch, nach Bahros Aussage eine seiner wesentlichen Lektüren und Inspirationen — *beato lui!**). Nein. Auf dem Kongreß mußte vielmehr gegen eine aufklärerische Position Stellung bezogen, vor ihr gewarnt werden.

Nützliche metakritische Bemerkung

»Agnoli wird sich noch äußern müssen«

Johannes Wendt in der Frankfurter Rundschau vom 4.7.85, S. 13

Goethe schrieb irgendwo, es ließe sich geschichtlich nichts mehr Neues denken: alles Vortreffliche und alles Verwerfliche sei schon einmal gedacht worden. Daran ändert weder die Computerisierung der Gesellschaft noch die informatische Gesamtkontrolle des Lebens etwas. Darüber läßt sich — wenn auch in der Ausdrucksweise einer anderen Epoche — bei Campanella schon etwas nachlesen oder auch bei den Saint-Simonisten. Da also kein Mensch mehr ab ovo denken kann, können die Quellen aufgespürt werden, aus denen er seine Gedanken entnimmt; und ohne Motive kommt man auch nicht aus, die zu solchen Gedanken zwingen: förmlich, beinahe nach einem »Naturgesetz« im Vicoschen oder Marxschen Sinn. Was nun: Vico selbst, Kant, oder die jüngeren Sophisten; das Jakobinertum, Rousseau, Marat; oder Pareto, die Anarchie, antikapitalistische Sehnsucht?

Auf die Suche begaben sich vornehmlich Jakob Taubes und »Wolfgang Kraushaar aus Frankfurt«. Kraushaar setzte auf Pareto, da ich Pareto sehr oft zitierte und mir seine kritischen Bemerkungen zur (liberalen) Demokratie zueigen machte: ich schlosse mich also der Parlamentarismus-Kritik des (notorisch faschistenfreundlichen) Pareto an. Diese Deutung war aber ein ziemlich grober Fehler. Pareto, nicht ganz zu Unrecht der intellektuellen Größe wegen der »Marx der Bourgeoise« genannt, ohnehin ein rechtsgerichteter Altliberaler, war alles andere als ein Gegner des Verfassungsstaats. Vielmehr trat er für eine starke politische Klasse ein: für die Herrschaft der Eliten, im übrigen für eine ungehemmte kapitalistische Wirtschaft und die Beibehaltung des Parlaments (vgl. TdD 1968, 57 ff.). Er interessierte sich nur für Führungsgruppen, erhoffte sich von den Führern der 2. Internationale die Verwirklichung seines »starken Staats« und verlegte seine Hoffnungen am Ende auf die Faschisten und auf Mussolini — ohne mit deren Projekten völlig einverstanden zu sein. Kraushaars Hinweis auf Pareto entbehrt nicht der Komik, denn ich ziehe Pareto, teilweise gewaltsam, herbei, nicht um mich seiner Kritik am bürgerlichen Verfassungsstaat anzuschließen, sondern um zu zeigen, daß der Verfassungsstaat eher seinen Vorstellungen entspricht und deshalb zu kritisieren sei. Ich vermute hinter Kraushaars Einfall nicht Verfälschung oder Mangel an Offenheit, sondern schlechte Ignoranz, die allerdings mit der Ignoranz der Zuhörer rechnen konnte. Wer kennt hierzulande schon Pareto. Von seinem Gesamtwerk samt Briefwechsel mit Panta-

* — der Glückliche!

leone (dem italienischen Nationalökonom, extremen Liberisten und Verbindungsmann zwischen Pareto und Mussolini), einige tausend Seiten umfassend, sind meines Wissens bisher nur einige hundert dem deutschen Lesepublikum dargeboten worden.

Kraushaar konnte sich auf zahlreiche Pareto-Hinweise in der TdD berufen. Jakob Taubes zog den größeren Zusammenhang vor und setzte auf den von mir eher beiläufig und — im Gegensatz zu Pareto — geringschätzig erwähnten, hierzulande aber bekannteren Carl Schmitt. Taubes Anwurf (als Kritik und Warnung zugleich ausgesprochen) fiel origineller aus als Kraushaars Fehlleistung. Taubes Originalität fand sich allerdings nicht in der von ihm entdeckten, übrigens schon seit 1968 von rechten Politologen behaupteten, parlamentarismuskritischen Wahlverwandschaft zwischen dem von vielen so genannten juristischen Theoretiker des Nationalsozialismus und der TdD. Dazu brauche ich mich nicht zu äußern, da zu diesem Thema schon Kluges von Klügeren mitgeteilt wurde, die auf die Absurdität der Berührungsthese rechts- und linksextremer Staatskritik hingewiesen und gerade die Wahlverwandschaft Schmitt-Agnoli ins Reich des ideologischen Trugs verwiesen haben. Ich bedaure nur, daß Jakob Taubes der Gelehrtenrepublik der Fraenkel, Fetscher und Grebing den Rücken gekehrt und sich den Dunkelmännern angeschlossen hat — zu haben scheint. Anders ist es mit meiner Einschätzung der Schmittschen Theoreme und seiner politischen Bedeutung bestellt. In diesen Punkten weiche ich von den gängigen Vorstellungen ziemlich ab (vgl. dazu Agnoli 1979, 289 ff.) — was übrigens die Schwäche des Taubesschen Anwurfs nur bestätigt. Seine Stellung als »Kronjuristen des Dritten Reichs« mag vielleicht seinen eigenen Ambitionen entsprochen haben — in Wirklichkeit gab es sie nicht. Es kann sein, daß in der akademischen Welt der damaligen Zeit, namentlich bei den ohnehin ideologisch anfälligen Rechtsgelehrten, Schmitt zur Durchsetzung und zur Legitimation des Nationalsozialismus beigetragen hat. Den Nazi-Führern war er aber unbedeutend, wahrscheinlich sogar unbekannt. Ein Vergleich mit Alfredo Rocco (den E. Nolte den »Carl Schmitt des italienischen Faschismus« nennt) verdeutlicht das Mißverhältnis zwischen wirklicher Bedeutung und nachträglich rekonstruierter Rolle: Rocco war auch ein Rechtstheoretiker, ein Faschist, ein Schriftsteller — ein Schmitt also. Zugleich aber schuf er als Minister die neue faschistische Verfassung, den, wie er sagte, »Modernen Staat«; und seine »codici« stehen in Italien immer noch im Mittelpunkt der Diskussion — zum Beispiel in der Frage der Staatsmaßnahmen gegen subversive Vereinigungen.

Zu Carl Schmitt aber scheinen mir einige Klärungen nötig zu sein. Die von Jakob Taubes verkündete Nähe der TdD zu Schmitts Parlamentarismus-Schrift träfe mich in der Tat empfindlich — aber nicht, weil die Schmittsche Arbeit nazistisch wäre oder dem Nazismus geholfen hätte, sondern weil sie in der Methode falsch liegt und im Ergebnis entsprechend irrtümlich ausfällt. Schmitt konnte als romantisch-idealistischer Rechtstheoretiker ohne gesellschaftskritische Kategorien — sehr im Gegensatz zu Pareto — das parlamentarische System, seine Funktion und seine Lebenskraft gar nicht begreifen. Er blieb in seinen Vorstellungen den Besonderheiten der Weimarer Republik verfangen. Daher halte ich diese immer wieder erwähnte Arbeit von Schmitt nicht für das Wichtigste, was wir ihm zu »verdanken« haben. Das gleiche gilt aber auch für das Freund-Feind-Schema, das sonst allerorten als der Kerngedanke des Schmittschen Begriffs des Politischen gilt und als Zentrum seines Denkens und seiner faschistischen Orientierung sozusagen gefeiert wird. Die Aufteilung der Welt, der äußeren wie der inneren, in Freund und Feind findet sich schon im Alten Testament, wiederholt sich im Neuen und wird später von Augustin zur philosophischen Würde erhoben. Das hat also mit Faschismus nichts zu tun — noch brauchte Schmitt sich dabei an einer Art Säkulari-

sierung, will sagen Verbürgerlichung des Marxschen Klassenkampfes zu orientieren. Er brachte zum Ausdruck, was Politik sei. Freund-Feind-Manichäismen sind zum Beispiel heutzutage aus dem Munde Reagans zu hören — der sich bekanntlich an der Bibel, und gewiß nicht an Schmitt orientiert. Selbst dort, wo Schmitt nazistisch argumentiert, genauer gesagt den Anforderungen der Naziherrschaft sich anpaßt und dadurch zum Nazisten wird, spielt das berühmte Schema nur eine zweitrangige Rolle: daß »der Führer der Herr des Rechtes« sei, findet seine Begründung nicht in der Fähigkeit, Freund und Feind zu unterscheiden, vielmehr in der geschichtlichen Legitimität und in der politischen Notwendigkeit einer durchgängig autonomen Entscheidungsgewalt der Exekutive: im »Dezisionismus«. Und wer meine, in der TdD bis zum Überdruß analysierte und kritisierte und verdammende Auffassung von der Entscheidungsbefugnis der Exekutive kennt, dem brauche ich nicht mitzuteilen, was ich von Taubes Argumenten halte. Der Mitteilung wert ist aber doch, warum ich Taubes' Anwurf für originell halte: er fand eine Wendung, die aller akademischen Gepflogenheit zum Trotz tatsächlich zu innovatorischen Maßstäben führte, zu einem unerwarteten, gastrologischen Schluß: »Agnoli hat Carl Schmitt mit Löffeln gegessen«.

Damit waren also zwei Quellen ausgemacht: Pareto und Schmitt, rechts- oder altliberal der eine, rechtskonservativ der andere — beide allemal mit der rechtesten Form des historischen Faschismus verbunden. »Rot gleich braun« in vergrößerter Form meldete sich wieder an. Im Verlauf der Diskussion aber, und im Übergang von der Quellen- zur Motivforschung vollzog Wolfgang Kraushaar nicht ohne Eleganz einen salto, ich will nicht sagen mortale, aber immerhin mortificante und landete beim Linksfaschismus. Hatte der Gastrologe meine vermeintliche Quelle in eine Suppe verwandelt (denn mit Löffeln kann man bekanntlich nur eine Suppe essen), so verwandelt der Motivforscher meine »Parlamentarismus-Kritik« in die Folge jugendlicher Irrungen und Wirrungen.

Irgendwann muß Kraushaar gehört oder gelesen haben, daß ich im hohen Alter von 17 Jahren Linksfaschist gewesen oder — wie Krippendorff freundlicherweise in der TAZ schrieb — ein revolutionärer Faschist. Ich wüßte nicht, warum ich dies leugnen sollte — auch wenn die Verbindung zur TdD mir sehr geheimnisvoll bleibt. Es geht hier ohnehin nicht um meine Analyse des Verfassungsstaats, sondern um eine — in dieser Form direkt angesprochene — persönliche Kontinuität, die mich selber verblüfft und verunsichert, die mich also vor gewisse Probleme stellt, ohne daß ich mich deren zu grämen bräuchte. »Der gegenwärtige Krieg ist der Krieg zwischen dem Prinzip Arbeit und dem Prinzip Kapital«, und weiter: »Nach dem Krieg wird es unsere Aufgabe sein, die von den Bolschewiki mit der Neuen Ökonomischen Politik verratene Oktoberrevolution fortzuführen« (Originalton — wie man heute zu sagen pflegt — Agnoli 1942 und 1943). Linksfaschismus? Aber ganz gewiß, denn er verstand sich als solcher und wurde im übrigen nur zu Propagandazwecken geduldet. Daher durfte der erste linksfaschistische Satz erscheinen (in der Gymnasialzeitschrift »Il Tiziano«), weil er sich mühelos in den faschistischen Versuch einfügte, die damals schon rebellisch werdende italienische Arbeiterklasse ideologisch bei der Stange zu halten und zu betrügen (eine Klasse allerdings, die bestimmt den »Tiziano« nicht las). Der zweite Satz: die Fortführung der Oktoberrevolution betreffend, fiel hingegen der Zensur zum Opfer. Wie ein Jahrzehnt früher gegen den größeren Ugo Spirito wurde mir amtlicherweise bescheinigt, ich stelle mich »außerhalb des Faschismus«. Der Schulleiter Pellegrini, aktiver Katholik und militanter Faschist zugleich, bezichtigte mich öffentlich des »Marxismus«. Was mich damals, der Leser möge staunen, erheblich belastete und beleidigte.

Nun entdeckte Kraushaar in meiner TdD eine »linksfaschistische Parlamentarismus-Kritik«,

ohne Näheres über Form und Inhalt einer solchen etwas sagen zu können. Wie hätte er's auch. Eine solche Kritik hat der Linksfaschismus nirgends hervorgebracht, veröffentlicht, überhaupt zur Kenntnis genommen. Bei seiner deutschen Art (in der ihm eigenen Sprache ausgedrückt), etwa bei Gregor Strasser und den Seinen, ging es nie über die rechtskonservativ-rechtsextremistische Ablehnung der Weimarer Republik als »marxistischer Staat« hinaus — höchstens zur Banalität der »Quasselbude« hinüber. Dort wo Linksfaschismus zu Hause war und sich auch so nannte: in dem Kreis um die Korporativisten Spirito, Fontanelli, Rigola gab es andere Probleme und andere Sorgen. Der liberale Staat wurde kritisiert, hegelianisch als mißglückte Verbindung von Individuum und Gemeinschaft, nicht aber in der spezifischen Form des repräsentativen Systems, das vielmehr »modernisiert« werden sollte: »Camera delle corporazioni« anstelle der »Camera dei deputati« und »Consigli di competenza«* als Organe der Gesetzgebungsvorschläge — beides stark dem Wirtschaftsrat der Weimarer Verfassung nachempfunden.³ Die Thematik des Linksfaschismus lag auf der Ebene des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, befaßte sich mit der staatlichen Reorganisation der Gesellschaft, mit Produktionsweise und Eigentumsverhältnissen (»corporazione proprietaria« als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus). Für den Linksfaschismus existierte das parlamentarische System als Problem oder als Gegenstand einer Kritik gar nicht. Emblematisch gesprochen: »westliche Demokratie«, ohnehin eher westliche Plutokratie genannt, bedeutete Wall Street und nicht Westminster; »Moskau« bedeutete Staatskapitalismus und nicht die Verließe des Kremls.

Und doch hat Kraushaar aus Frankfurt so unrecht nicht. Nur ist er einer Metalepsis zum Opfer gefallen. Was er »linksfaschistische Parlamentarismus-Kritik« nennt, meint etwas ganz anderes, geschichtlich Verbürgtes, das ohne Zweifel Eingang in den italienischen Faschismus fand (und zum Teil bewußt suchte): die bekannte »Entrismustaktik«, gegen deren Positionen und Perspektiven sich schon Lenin mit seiner verunglückten Antiradikalismus-Schrift wandte. Linkskommunismus, Anarchosyndikalismus, vor allem aber revolutionärer Syndikalismus: das sind die Quellen der linken Parlamentarismus-Kritik; in ihren Vorschlägen, Hoffnungen und (meinetwegen!) Utopien, Irrungen und Wirrungen finden sich Motive wieder, die in der TdD auftauchen. Was soll nun das ganze Gemisch aus Pareto, Schmitt und Linksfaschismus? Auf der einen Seite befürchte ich sehr, das Ganze sei veranstaltet worden zu dem legitimatorischen Zweck, das theoretische Umdenken ehemaliger Linker nicht als Ergebnis eines Umfalls, sondern eines reifen Nachdenkens erscheinen zu lassen. Auf der anderen Seite aber darf man nicht vergessen, daß alles Tun auch eine redliche Seele hat! Ich vermute also eben so sehr, daß die Anwürfe, Warnungen und Zweckverbindungen der Gastro- und sonstigen -logen aus brennender Sorge stammten und sich um den edlen Zweck bemühten, die im auditorium maximum der FU versammelten Generationen und die breite Öffentlichkeit vor den Gefahren eines gleichwie gearteten autonomen Denkens, einer emanzipatorisch zu weit gehenden Kritik der Politik und des Verfassungsstaats zu warnen. Meine Verlegenheit aber bleibt. Pareto, Schmitt, revolutionärer Syndikalismus, Spirito und Hegel und Leibholz und Abendroth, von Vico und Marx gar zu schweigen: hier reicht die Suppe als Emblem der Sache nicht mehr aus. Die italienischen Küche muß erhalten. Die »Transformation der Demokratie« scheint ein echter minestrone zu sein: chi piú ne ha, piú ne metta**. Vielleicht liegt darin der Grund, warum sie immer noch schmeckt — zwanzig Jahre danach.

* Ständekammer, Abgeordnetenhaus; Sachverständigenräte

** Wer mehr (Gemüse, Zutaten etc.) davon hat, wirft mehr in den Kessel.

Womit ich, Wendts Aufforderung sorgfältig Folge leistend, mich zu der an mir geübten Kritik hinlänglich geäußert hätte.

Verfassung, Herrschaft und Faszination

Es wäre nicht nur töricht, es käme einer Selbstverleugung gleich, zu behaupten, es hätte sich in den letzten zwanzig Jahren nichts geändert. Lassen wir vorläufig das Sein beiseite. Im Bewußtsein der Leute sieht vieles anders aus als vor zwei Jahrzehnten. Der Protest hat sich gewissermaßen verallgemeinert: Einspruch gegen politische Entscheidungen anzumelden, Verwahrung gegen Maßnahmen einzulegen, nimmt zuweilen sogar modische, dennoch erfreuliche Formen an. Nicht, daß dies alles immer und überall auch politisch Bedeutsames erreichen würde. Es ist aber immer von Bedeutung, sich nicht alles gefallen zu lassen. Und wir, die Linke insgesamt: die extreme, die radikale, die parteikommunistische und die antiparteikommunistische, selbst die reformerische Linke und ganz am Rande auch die Linkliberalen (und in einem geringen, ihr aber zustehenden Teil die TdD) haben viel in Bewegung gebracht, emanzipatorische Kräfte wachgerufen, überhaupt eine Kraft entfaltet, die in den fünfziger Jahren undenkbar gewesen und bestenfalls in den Bereich des Prinzips Hoffnung verlegt worden wäre. Obzwar der Durchbruch nicht gelang, wurde so viel geändert, daß seit einiger Zeit in der westlichen Gesellschaft allenthalben versucht wird, das brüchig gemachte Haus zu reparieren, vom Einsturz bedrohte Wertsysteme zu befestigen oder gar eingestürzte wieder aufzurichten, »Erkenntnisparadigmen« zu wechseln — mit einem Wort, und beinahe wie zu Metternichs Zeiten: zu restaurieren. Und anscheinend mit Erfolg. Dies will heißen: die europäische Gesellschaft ist 1985 anders als 1965. Doch liegt die Macht nirgends auf der Straße. In der BRD liegt sie — die politische Macht, versteht sich; nicht die Herrschaft — formell in den Händen eines notorisch genialen Kanzlers; in Großbritannien bei einer eiserernen Frau. Mitterand zeigt, was Sozialismus ohne Revolution und also innerhalb der Grenzen des bürgerlichen Staats bedeutet; und Craxi wird nicht nur in Bar-Gesprächen (Bar im italienischen Verstande des Wortes) längst Benito, statt Bettino genannt: nur an der Macht interessiert. Banal wäre es beinahe, hinzuzufügen, daß der Sozialstaat im gleichen Schritt abgebaut wird, wie der Machtstaat sich weiter ausbreitet.

Die Frage, die wir uns zu stellen haben, lautet daher und angesichts der tatsächlich eingetretenen Erschütterungen der 60er und der 70er Jahre nicht triumphalistisch, was die Linke denn alles erreicht habe; vielmehr umgekehrt: warum konnte und kann überhaupt restauriert werden. Anders gesagt: was hat sich in der allgemeinen Verschiebung (im Sein und Bewußtsein) dieser zwanzig Jahre gar nicht verschoben, nicht verschieben lassen; was hat sich *nicht* verändert. Und zwar derart, daß aus der Revolte das Gegenteil dessen entstehen konnte, was sie sich erhofft hatte: eine autonome, befreite Gesellschaft, Sturz der Herrschaft, als Mindestprogramm der Abbau (nicht der staatlichen Sozialzuwendungen, sondern) der staatlichen Macht. Demgegenüber zogen die Konservativen mit ihrer Strategie Vorteile aus dem Drang zur Verschiebung — dank ihrer klugen Politik, soviel Äußerungen zuzulassen oder einzuführen, daß alles bei den alten Zuständen blieb, bzw. soviel zu verändern, daß eine günstige Ausgangslage für die Wiederherstellung und die Reproduzierbarkeit des bewährten »Ordnungsgefüges« gewonnen wurde. Ich will keineswegs behaupten, daß alle Kinder der Revolte in der Restauration baden gegangen wären. Auch Metternich gelang die totale Rückgängigmachung nicht. Abtreibung auf Krankenschein oder nicht; aber eine Rückkehr zur alten straf-

rechtlichen Verfolgung streben kluge konservative Politiker nicht an, auch wenn sie es für richtig fänden. Für die Frauen, die davon betroffen sind, ein wichtiger Fortschritt, der zugleich anzeigt, in welcher Richtung es hätte weiter gehen können. Aber etwas Wesentliches? Abgesehen von Moralaposteln und päpstlichen Äußerungen und politischen Pflichtübungen (wg. der nächsten Wahlen): was kümmert es das Herrschaftssystem, in dem wir leben, ob weniger Kinder gezeugt werden? Im Zeichen des allgemeinen Rückgangs des variablen Kapitals und der Möglichkeit, durch massenhaften Raketeneinsatz auf den Einsatz massenhafter Heereshaufen zu verzichten. Intakt geblieben sind: die *Produktionsweise*, oder will jemand behaupten, der Kapitalismus sei inzwischen durch eine postindustrielle, friedliche Revolution in aller Stille abgeschafft worden; die *gesellschaftliche Struktur*, für die Kenner oder Kennerinnen der alten Melodie: die gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, oder haben wir keine Klassen mehr, bloß weil das Bewußtsein davon abgebaut wurde; kein Oben und Unten; keinen Menschen mehr, der vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft leben muß; keine Ungleichheit in der Befriedigung der Bedürfnisse; oder haben wir inzwischen »paritätisches« Verhältnisse der Geschlechter?; und schließlich die *politische Form*. Es sind also genau die drei Grundelemente geblieben, die die Gründe der kritischen Analyse der »Transformation der Demokratie« lieferten.

Mittlerweile kam allerdings ein weiteres Element hinzu, das sich auch zunächst als Grundelement verstand und ankündigte — eine Art Spätfolge, zum Teil uneingestandene Fortsetzung der 68er Revolte; oder, anders betrachtet und wenn man die Berliner Hausbesetzer-Bewegung dazu rechnet, die deutsche Fassung der italienischen »77er Bewegung«, wenn auch konsistenter und erfolgreicher. So erfolgreich, daß nunmehr eine erstaunliche Gegenströmung einsetzte. Hatte 1968/69 die deutsche Linke sich an Italien orientiert, theoretisch wie praktisch, so fing die italienische radikale Linke an, von deutschen Zuständen zu reden als der Wirklichkeit möglicher Emanzipation. Die Grünen, die Bunten, die Alternativen traten auf den Plan: Systemveränderer, Element des Bruchs, der radikalen Äußerung und der durchgängigen Kampfansage gegen alle Herrschaft, Ausbeutung, Zerstörung der Menschen und der Natur — auch gegen die politische Form und die durch sie zementierten, zubetonierten Zustände. Und dann begaben sie sich — in seltsamer Wiederholung der Engelsschen Euphorie über die Wahlerfolge der Sozialdemokraten — genau in die Verfassung der Zustände, die sie abschaffen wollten. Dieses Ereignis und seine Folgen verifiziert, allen Vorwürfen und Ungültigkeitserklärungen zum Trotz, die Involutionstheorie. Ein Umfallen war es nicht, sondern das Ergebnis langer Diskussionen (die heute noch andauern) und strategischer Beschlüsse. Gründe dafür gab es und gibt es genug — teils einsehbare, teils vernünftige, meist kurzgedachte. Ich will nicht politisch-psychologische Erklärungsversuche für das Scheitern des derzeitigen Anlaufs zur Fundamentalopposition unternehmen. Dafür bin ich nicht zuständig. Uns fehlt hier Peter Brückner sehr — bekanntlich ein Opfer der genannten Zustände. Das Scheitern kann aber objektiv festgestellt werden. Es ist also dienlich, von der Objektseite auszugehen und auszumachen, welche Vorzüge der Verfassungsstaat bietet und worin seine Faszination für Gruppen besteht, die anfänglich gegen ihn antraten — gegen seine Anmaßung, Staat des Volks und Demokratie zu sein.

Joachim Hirsch hat in einem lesenswerten und (wie immer bei ihm) lehrreichen Aufsatz sich mit dieser »Faszination des Staats« beschäftigt (1985, 8 ff.). Seine Reflexionen über das Thema sind des Nachdenkens wert: »Die Erkenntnis, daß das Ziel emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung, von Befreiung und Menschlichkeit verfehlt wird, wenn man dabei auf irgendwelche Formen der 'Machteroberung' im Staatsapparat setzt, bleibt bestehen.«⁴ Dieser Satz

könnte von mir stammen (ich bitte Hirsch um sein Wohlwollen wegen dieser Eitelkeit) — ich werde ihn später beinahe wörtlich deckungsgleich wieder aufnehmen. Nur einige Ergänzungen scheinen mir angebracht zu sein. Es geht dabei nicht so sehr um den Inhalt des Hirschschen Aufsatzes, als vielmehr schlicht um seinen Titel, zu dem mir einige gewissermaßen gelehrte Überlegungen einfallen.

Daß der »Staat« fasziniert, also verblendet, ist sehr deutsch, auf mitteleuropäische Staatsgesinnung angelegt, in der der Staat nicht als Form der bürgerlich-kapitalistischen Zweckrationalität erscheint, sondern als »Wesen«, als »Gemeinschaft«, als »Boot«, in dem wir alle gemeinsam sitzen. »Der Staat, das sind wir doch alle«, soll Otto Schily einmal geäußert haben. Dabei kann das Problem der Macht und der Herrschaft »der Menschen über Menschen« gar nicht begriffen werden. Den emblematischen Beweis lieferte Lenin, als er die Deutsche Reichspost als Modell einer sozialistischen Gesellschaft anpries. Dahinter steht übrigens nicht Hegel, wie zumeist leichtfertig angenommen wird, sondern ein besonderer Typus des irrational-politischen Denkens, gegen den Hegel nicht gerade freundschaftlich verfuhr: die politische Romantik, oder die Politik der deutschen Romantik. Ich rede nicht von den Gedichten der ersten, zweiten oder späten Romantik (die ich sehr gerne lese); auch nicht von Heinrich von Öfterdingen und seiner blauen Blume — obzwar die blaue Blume schon viel mit Reaktion zu tun hatte. Die politische Romantik gefiel sich in der antiaufklärerischen Vorstellung, den modernen politischen Zweck- und Reproduktionsverband (Staat) mit der mittelalterlichen Durchgängigkeit des Korporationszwangs zu vermählen. Und wie im Mittelalter irgendjemand nur dann zum Menschen wurde, wenn er Mitglied einer Korporation war, so auch in der romantischen Fassung. Irgendjemand war ein bestimmter Jemand nicht etwa als Staatsbürger. Das war der französischen *Revolutions-citoyen*, der der deutschen Romantik zu wenig, zu oberflächlich war. Novalis brachte erst die Sache auf den Begriff: jeder Mensch solle vielmehr, als Tätiger, Staatsbeamter sein. Die Faszination aber, von der Hirsch spricht, findet sich auch in Gesellschaften, politischen Kulturen und Bewegungen, die sehr staatsfremd und staatsfeindlich sind. Selbst die italienischen Anarchiker stritten sich um die Jahrhundertwende um Beteiligung oder Nichtbeteiligung an Parlamentswahlen. An der Eroberung der Macht lag es ihnen gewiß nicht, sondern an deren Destabilisierung. Selbst wenn der bürgerliche Staat als Feind betrachtet wird, sind es dessen *Institutionen*, überhaupt die Einrichtung der *Form* Staat: die Formalisierung der politischen Macht und Machtausübung, die zugleich die Einbringung von Gegenmacht ermöglicht, die Faszination ausüben. Schon viel früher begründete man die Teilnahme am parlamentarischen Leben, also an der sonst bekämpften Politik mit dem Argument, aus dem Reichstag eine »Tribüne des Klassenkampfes« zu machen. Bekanntlich fiel der Versuch ungünstig aus, und aus der Tribüne wurde die normale bürgerliche Bühne. Da aber offensichtlich die Erfahrung nicht ausreicht, müssen die Gründe der Faszination bürgerlich-staatlicher Einrichtung noch näher betrachtet werden. Dabei handelt es sich teilweise durchaus um gute Gründe: sie sind einsichtig, einsehbar und können wohl überzeugen und selbst auf eingefleischte, sozusagen anerkannte Gegner des Staats ihre Einwirkung nicht verfehlen. In erster Linie zu nennen wäre die den Institutionen eigene Zweckrationalität, zu der es auch gehört, daß der Zweck (ökonomisch: die Akkumulation, politisch: die Erhaltung vorhandener Herrschaftsstrukturen) ins Allgemeine übersetzt wird (das Gemeinwohl). Das ist keine bloß ideologische Verblendung, hat vielmehr realen Charakter: die Irrationalität der Herrschaft zwecks Akkumulation wird dabei in die Logik einer institutionellen Strategie eingebracht, die mit rationalen Mitteln arbeitet.

Und das ist wirklich ein guter Grund. So viel wir auch reden und träumen von einer aller Zwänge entledigten Reproduktion, so wenig können wir die Organisation einer emanzipierten Gesellschaft dem Zufall, dem mystischen Gefühl, das Richtige zu tun — oder Gott überlassen. Es liefe sonst auf das Gleiche hinaus: auf Irrationalität, seit jeher beste Begründung für die Wiederherstellung der abzuschaffenden Zwänge und Herrschaftsverhältnisse. Exemplarisch dafür sind die Äußerungen westdeutscher »Fundamentalisten«, die sich ausdrücklich auf die Revolution genannte, islamische Konterrevolution berufen. Vom rationalen Verfahren des modernen bürgerlichen Staats (oder, wissenschaftsgeschichtlich gesprochen: von der Max Weberschen Erkenntnis, daß rationales Verfahren Legitimität bedeuten) geht also für uns alle eine Lehre aus — nicht nur Faszination allein. Rational sind die institutionellen Regelungen in einem doppelten Sinn: zweckdienlich in der Formalisierung der Macht, denn alle wissen, mit welchen rechtlichen Formen Machtbildung und Machtwechsel vor sich gehen; zweckdienlich in der angebliehen, aber für wahr gehaltenen Überschaubarkeit politischer Entscheidungsprozesse: die bürgerliche Öffentlichkeit. Als beispielhaft kann die Weise gelten, mit der im bürgerlichen Staat das Problem des Macht- und Regierungswechsels gelöst wird: durch ein formell transparentes Verfahren, hinter dem die ganze Irrationalität der wirklichen Machtkämpfe, der Beeinflussungs- und Korruptionsversuche seitens herrschender Gruppen, der gegenseitigen Konzessionen auf Kosten der Bevölkerung schlichtweg verschwinden. Vergleicht man damit einen Machtwechsel in Moskau oder in Peking, so schneiden die bürgerlichen Staaten so schlecht nicht ab. Auch dort spielen sich Machtkämpfe ab, die ins Institutionelle münden. Die Art aber, wie sie ausgetragen werden, bleibt institutionell ungeklärt: man wähnt sich in die Serenissima bei der Dogenwahl zurückversetzt oder in die Sixtinische Kapelle, wo die Papstwahl stattfindet. Fraglos hat das eine wie das andere eine eigene Logik und eine eigene Rationalität. Sie bleiben aber unerkannt: ein *arcanum imperii*. Mögen mir die Übergangsgesellschaften diese Bemerkung verzeihen: ein »Regierungswechsel« in Bonn oder London oder Paris entspricht immer noch den Erwartungen einer aufgeklärten Gesellschaft; wer in Moskau und Peking auf Titus folgt, weiß nur Caius oder Sempronius. Die Bevölkerung weiß es nicht. Bei uns weiß man genau, wer nach einer Wahl Kanzler wird. Der Schein trügt nicht, ist vielmehr ein ehrlicher Schein. Freilich gibt es auch in der Bundesrepublik einige Unsicherheiten: die Parteien, die »nach allen Seiten offen« sind und also auf einen genauen Wählerauftrag förmlich pfeifen. (Und ein gütiges Schicksal möge die Grünen davor bewahren, sich nach allen Seiten zu öffnen). Von den italienischen Zuständen will ich gar nicht reden: dort wissen die Wähler überhaupt nicht, was aus ihrer Wahlentscheidung gemacht wird.

Zu der Faszination, die von der Zweckrationalität bürgerlicher Staatseinrichtungen ausgeht, kommt noch ein Aspekt hinzu, den als Beteiligung an der Macht zu bezeichnen mir sehr verfehlt erscheint. Gewiß spielt die Nähe zur Macht bei einigen Abgeordneten subjektiv eine Rolle. »Es ist schon so ein Ding, neben dem Kanzler zu sitzen«, soll, meines Erinnerns, ein Grüner irgendwann gesagt haben. Aber nicht darum geht es. Die grüne Fraktion hat nach dem heutigen Stand (und abgesehen von Hessen) keine eigentliche Machtposition zu verwalten und auszunutzen. Aber bei jeder Abstimmung verstärkt sich das Bewußtsein, eine *entscheidende* Person zu sein — zwar negativ-oppositionell, aber immerhin an der Entscheidung beteiligt. Im Grunde verwirklicht sich derart der Traum der bürgerlichen Individualität, aus der Anonymität hervorzutreten und — zu herrschen: die Ungleichheit als Voraussetzung der Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen. Wer durch den Einzug in die staatlich entscheidenden Institutionen erst *jemand* geworden ist, und nicht mehr als *irgendjemand* gegen die Insti-

tutionen allgemein und abstrakt kämpft; wer durch die Politik und nicht durch die Kritik der Politik jemand geworden ist, verliert das Interesse, die Institutionen zu verändern und abzuschaffen — es sei denn, er wolle sie ausnützen, um wieder irgendjemand zu werden. Der ganze Rotationsstreit kreiste und kreist um dieses subjektive Problem. Das theoretisch-revolutionäre Erkenntnisinteresse (Kritik der Politik) muß dem materiellen Interesse (Politik als Beruf) den Platz räumen. Von da aus ist es nur — für alle Politiker — ein kleiner Schritt, seine Funktionalität umzuinterpretieren und zur politischen »Autonomie« werden zu lassen: Autonomie des Politikers gegenüber der Gesellschaft und der Gruppen, die ihn in die Institution hineingeschickt haben. »Die Arbeiterpartei ist gegenüber der Arbeiterklasse autonom« — so Tronti, nicht der heutige noch der frühere, sondern der mittlere. Ich warte nicht ohne Spannung auf den Zeitpunkt, an dem irgendeine grüne Fraktion diese spezifische Autonomie entdecken und sie über alle Basis-Rückbindung stellen wird. Wer sich in die Institutionen begibt, kommt also darin keineswegs um; verliert seine Identität nicht, sondern gewinnt eine neue, in der er sich prächtig gefällt und mächtig gedeiht — wenn es möglich ist, bis zur Ministerialität. Er stabilisiert das politische Leben: sein eigenes und im Sinne des Verfassungseides auch das Leben der Nation. Nicht, daß damit der ursprüngliche Auftrag restlos verloren ginge. Der alte sozialdemokratische Traum wiederholt sich vielmehr, gewinnt neue Formen und Inhalte; kehrt aber in die bürgerliche Fassung des Prinzips Hoffnung zurück: die Institutionen von innen her zu reformieren. Die Hoffnung verdiente Anerkennung, sogar Zustimmung, gäbe es den geschichtlich bestätigten Verdacht nicht, daß es sich dabei nur um die hoffnungslose Perspektive handelt, Reformen in die Strategie der Aufrechterhaltung des Bestehenden einzubringen. Die Rechte freut sich immer, wenn die Linke die Aufgabe übernimmt — wie oben gesagt —, Zustände so zu ändern, daß das Gute, Alte, Wahre dabei nicht gefährdet wird.

Die Hoffnung klemmt sich ein zwischen die Absicht und den guten Willen, verfassungskonforme Einbindung und Eindämmung alternativ-emanzipatorisch zu gebrauchen und die Funktion der Institutionen, alles Emanzipatorische einzubinden und einzudämmen. Derart versucht die neue Fassung der gesellschaftlich-politischen Opposition, um bei ihrem Sprachgebrauch zu bleiben, Entlaubungsmittel zur Rettung des deutschen Waldes einzusetzen. Dazu gehörte die Neuentdeckung der »wahren« Volksvertretung und des verfassungsmäßigen Auftrags des Parlaments. Über die sogenannte Zentralität des Parlaments braucht man sich nicht noch einmal zu äußern. Beachtenswerter sind die Probleme, die sich daraus für eine alternative Opposition ergeben — Alltagsprobleme, die allerdings alle Strategie und Hoffnung zuweilen verschlucken. Zunächst läßt sich beobachten, daß der größte Teil der politischen Energie der neuen Opposition verwendet und verschwendet wird, nicht um Fragen der Entscheidungen und der Veränderungen in der Politik, sondern um das jeweilige parlamentarische Verhalten zu klären. In Bonn wie auch in Wiesbaden. Dabei verstrickt sich die neue Opposition in einen eigentümlichen, das heißt ihr eigenen Widerspruch, der klar zeigt, daß sie die Logik der Institutionen nicht begriffen und daher sich ihr unterworfen hat — und zwar bewußtlos. Im Zusammenhang mit der Friedensbewegung wurde von ihr häufig und zu Recht das Argument angeführt, eine in einer anders gearteten Situation, daher zufällig zustandekommene Bundestagsmehrheit könne nicht über Schicksalsfragen des ganzen Volkes entscheiden. Das Argument ist richtig. Es läuft auf's Plebiszit hinaus und erkennt durchaus die Perversität der bekannten Parole: »lieber tot als rot«. Außerhalb des Plebiszits möge dies eine jede Person für sich selbst klären — und dann eben Selbstmord begehen, doch nicht Millionen zum Tode zwingen. Zugleich aber möchten die Grünen parlamentarische Entschei-

dungen über solche Fragen herbeiführen. Sie verfahren also regelmäßig und streben die Bildung von Mehrheiten an (Hessen); sie beteiligen sich an Mehrheitsentscheidungen (zum Beispiel in der läppischen Frage der Vergabe eines Fußball-Europaspiels nach Berlin) und freuen sich ehrlich, wenn irgendein CDU-Minister ihnen bestätigt, in dieser oder jener Frage »mit der Mehrheit abgestimmt«, sich also gemeinwohl- und verfassungskonform verhalten zu haben.

Dies alles hat aber mit der von Hirsch angedeuteten »Machteroberung« mindestens zur Zeit sehr wenig zu tun. Die Faszination, die die staatlichen Institutionen auf die neue Opposition ausübt, fällt nicht mit einem, gleichwie gearteten Machttrieb zusammen — Machttrieb, dies sei vorsichtshalber erwähnt, im engen politischen, nicht im präzisen psychoanalytischen Sinn verstanden. Zumindest kollektiv: in der Partei und in der Fraktion der Grünen, fällt dergleichen nicht auf. Eher pflegen sie mit der Ohnmacht, genauer mit der *institutionellen* Ohnmacht zu kokettieren und aus der moralischen Kraft, die sich aus solcher Ohnmacht ergibt: sie vertreten zwar die Interessen des ganzen Volks; institutionell habe sich dies aber noch nicht in Parlamentsmehrheit oder in Koalitionsnotwendigkeit umschlagen lassen. Individuell läßt sich die Lage kaum klären. Die Grünen im Bundestag sind jederzeit für eine scharfe Debatte, für Denunziationen von Machtmißbrauch, gelegentlich — wenn auch mit Bauchschmerzen — für eine Regelverletzung zu haben. Sie entwickeln darin sogar eine gewisse Meisterschaft, die sich günstig in die Aufwertung der Institution einbringen läßt. Wer von uns freut sich nicht über grüne Ein- und Ausfälle im Bundestag. Nur sind einige Autoren von dem Schauspiel so fasziniert (das ist die Wahlbürger-Seite der Faszination), daß sie schon von einer, durch solche Ein- und Ausfälle bewirkten »Politisierung« des Parlaments, genauer: des Bundestags sprechen — eine törichte Vorstellung, daß ausgerechnet das normativ als Zentrum der Politik gefeierte Organ »politisiert« werden müsse oder könne.

Vom Kern des Politischen, von seiner subjektiven Übersetzung ins »Streben nach Macht« oder »Machteroberung« ist bei der grünen Opposition *kollektiv* (und vorläufig) wenig zu spüren. Keine Grüne und kein Grüner tragen deutlich den inhaltlosen »Willen zur Macht« so zur Schau, wie etwa der jetzige Bundeskanzler. Fällt zuweilen einem Journalisten Petra Kelly ein, so gerät der Einfall schief. Petra Kelly ist die deutsche Fassung des italienischen Radikalen Pannella: Pannella will weder Macht erobern noch Macht in die Knie zwingen. Er will Schlagzeilen machen oder — freundlich gewendet — die Öffentlichkeit mobilisieren. Ruhmsucht deckt sich aber nicht immer und nicht überall mit Machtsucht oder Machtwille. »Cantici di gloria son cantici d'amore«, sang man früher in goliardischen Zirkeln.* Freilich ist Liebe auch eine Macht. Das Problem liegt auf einer anderen Ebene, ist — wie man heute wissenschaftlich zu sagen pflegt — komplexer und komplizierter. Die grüne Opposition hat die Verfassung, von der sie annahm, sie sei nur das Grundgesetz einer verfestigten Gesellschaft, als Mittel der Emanzipation entdeckt. Damit ist schon ein Teil des alternativen Anspruchs aufgegeben, doch eine andere Gesellschaft anzustreben, die konsequenterweise auch sich anders verfassen lassen muß: sich eine andere, nicht mehr politische Organisation geben soll. Die Herrschaftsfunktion der bürgerlichen Verfassung gerät aus den Augen, da gerade die Verfassungsinstitutionen den Grünen die Möglichkeit geben, Nonkonformismus und Alternative — wenn auch nur formal — auszusprechen und ein Stück Protest und Regelverletzung in eine polizeilich nicht verfolgbare Artikulation zu übersetzen. Die Grünen, zum Teil ohnehin emotiv gestimmt, übersehen, daß sie dadurch Gefahr laufen, sich selber zu

* »Ruhmesgesänge sind Gesänge der Liebe« (Goliardische Zirkel sind studentische Verbindungen).

transformieren: in einen unbewußten Stabilitäts- und Herrschaftsfaktor — bewußtlose Macht, die ihre Freude an der friedlichen, dennoch harten Form parlamentarisch-gouvernementaler Auseinandersetzungen hat und deren Eigenschaft nicht begreift, »Schattenboxen«⁵ zu sein. Und resultiert einmal aus dem Schattenboxen gar die Schließung eines Atomkraftwerks, so erfahren sie unvermittelt, daß sich die Verfassung als Instrument *einer am Guten orientierbaren Herrschaft* gebrauchen läßt — eine späte Variante des »alternativen Gebrauchs des Rechts«, der Anfang der 70er Jahre die italienischen Kommunisten zum Schwärmen brachte. Bei dieser unvermittelten Erfahrung bleiben sie stehen, erwärmen sich daran wie an einer südländischen Frühlingssonne. Sie vergessen dabei, daß sie in Mitteleuropa leben, in einer weitaus kälteren, aber auch effizienteren politischen Kultur und fragen weder sich noch die anderen, ob der erreichte Erfolg sich auf ganz anders geartete Gründe zurückführen ließe als auf ihren Kraft- und Oppositionsakt: auf ökonomische Erwägungen, auf gesellschaftsplanerische Erfordernisse, auf eine nicht durchschaute politische Strategie. Immerhin: mancher meint, der Eintritt einer Handvoll unbotmäßiger Gestalten in die Politik könne den Involutionsprozeß des bürgerlichen Staats mit den institutionellen Mitteln eben dieses Staats unterbrechen oder gar umkehren.

Unerfreulich war dieser Eintritt keineswegs. Wer von uns hat sich nicht über die erste grüne Periode des Bundestags gefreut — auch wenn dabei die Bauchschmerzen nicht ausblieben, da ganz offensichtlich ein Institut aufgewertet wurde und eine Bedeutung bekam, die ihm politisch gar nicht zustand. Die Illusion der »Zentralität des Parlaments« bekam neue Nahrung. Als dann mit Hilfe der grünen Fraktion und einer wach gewordenen, zum Teil aber erst durch die grünen und sonstigen alternativen Bewegungen wach gerüttelten bürgerlichen Öffentlichkeit der oben erwähnte Untersuchungsausschuß mit seiner Arbeit begann, der Deckel hochging und die unangenehmen Gerüche aus dem Geldtopf der westdeutschen politischen Klasse aufstiegen, fand das demokratische Frohlocken kein Ende. Schien kein Ende nehmen zu müssen. Es steht — auch für mich — außer Zweifel, daß ohne die Grünen und ohne Otto Schily die lange Reihe der Bonner Finanzierungsskandale zumindest im Halbdunkel eines parlamentarischen Abschlußbericht geblieben wäre. Otto Schily, ein homo humanus von seltener Intelligenz und Geradheit, riß das Feigenblatt vor der Schamlosigkeit der politischen Klasse herunter und trug erheblich dazu bei, daß ein so genannter »Mächtiger« (in Wirklichkeit eine Null) gestürzt wurde. Damit war aber auch alles zuende. Barzel wurde zum Waschmittel: durch seinen quälenden Abgang machte er alle anderen wieder sauber, ebenso wie die Art und Weise, wie der Untersuchungsausschuß arbeitete, dem Staat die verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückgab. Die Politik hatte den Nachweis erbracht, daß sie sich selbst kontrollieren und beschränken kann. Und Otto Schily wurde derart — und sicherlich ungerechterweise — zum Symbol der doch im Grunde gesunden Verfassung. Das System der Herrschaft versuchte, sich ein neues Feigenblatt zuzulegen. Exemplarisch wurde in diesem Fall vorgeführt, daß die Institutionen mächtiger sind als der Wille der Grünen, sie alternativ zu gebrauchen. Sie gingen aus der Krise gestärkt hervor. Einige Vertreter der Grünen haben wahrscheinlich genau dies intendiert. Für die anderen zeigt das Beispiel, was es heißt, in der Beurteilung der Institutionen und in dem Verhalten innerhalb einer politischen Klasse, in die man sich kraft Wahl eingeschlichen hat, bei der unmittelbaren und beglückenden Erfahrung zu bleiben, man sei da und habe Erfolg und werde beachtet; und die bloße Präsenz in der Politik für das Wesentliche zu halten.

Kein Machtstreben also. Verblendet werden die Neuentdecker der Vorzüge eines parlamen-

tarischen Systems (die übrigens von niemandem bestritten werden, nur die Frage des cui bono wird jeweils anders beantwortet) nicht durch die Faszination der Staatsmacht, sondern durch deren Konstitutionalisierung. Dies mag auch gnoseologische Gründe haben. Da sie theoretisch aufs Gefühl, praktisch auf die Emotion, auf die »unmittelbare Betroffenheit«, setzen, ziehen sie aus dem Umstand, daß sie sich in den Institutionen wohl fühlen, die Schlußfolgerung, erstens, daß letztere gut seien und zweitens, daß man mit ihnen nach Belieben umgehen könne. Sie erfüllen förmlich die Institutionen als wohltuend — im wörtlichen Sinne: als Mittel, das Wohl zu tun. Die Logik der Verfassung, zweckrational zur Herrschaft zu sein, läßt sich aber nicht erfüllen, sondern nur rational begreifen. Daher auch ihre Widersprüchlichkeit. Einerseits verhalten sie sich als der radikalere, aber in die Institutionalität eingefügte Stachel der Opposition; oder als der Stachel-Partner einer sozialdemokratischen Mehrheit; oder — wie einige von ihnen vorschlagen — einer konservativen Mehrheit, genau so, wie eine konforme, akkumulationsadäquate und staatsstabilisierende oppositionelle Gruppe sich seit jeher verhält. Sie richten sich — wenn die Selbstironisierung gestattet wird — nach den Maßgaben der TdD, denn sie tun genau das, was in der TdD der »Opposition seiner Majestät«, als einem Bestandteil der politischen Klasse vorbehalten wird. Insofern machen sie aus der ehemaligen »Bibel der APO« den Knigge des innenparlamentarischen Benehmens und der Präsenz in der großen Staatspolitik. Habent suam fortunam libelli.⁶

Auf der anderen, hoffnungsvolleren Seite unterscheiden sich die Grünen im Parlament wesentlich von der systemkonformen Opposition, entsprechen dem Projekt einer fundamentalen Opposition und richten sich also auch nach der negativen Seite der TdD: zur »Repräsentation der Herrschaft« gehören sie — zumindest in Bonn, anderswo ist es anders — auf keinen Fall, auch wenn sie sich auf das Spiel der wechselnden Mehrheitsentscheidungen eingelassen haben. Das gilt zumindest für einen, immer noch beträchtlichen Teil der Fraktion und der Partei — wobei ich nicht an die Bahro-Fundamentalisten denke, die eher auf eine Gegen-Elite aus sind (im Sinne von Pareto, mit Kraushaars Erlaubnis) und deren Maßstäbe von jeder Art Rationalität frei gehalten werden. Wer zur negativen Seite des institutionellen Lebens gehört, befindet sich (bei den Grünen) in der widersprüchlichen Position, sich der Repräsentation der Herrschaft zu entziehen, zugleich aber die Beherrschten, die »Regierten« keineswegs allesamt zu vertreten. Andererseits treten sie bewußt für die Rechte der Minderheiten auf und verstehen sich — wenn schon — als Repräsentation der Minderheiten, der unterdrückten, verachteten, mißhandelten Randgruppen der Gesellschaft. Übersehen wird dabei das *inhaltliche* Problem, das in einer klassenmäßigen Perspektive gar keine Schwierigkeiten bereiten würde: die jetzt Herrschenden sind nämlich eine Minderheit, von der die Mehrheit wünschen könnte oder sollte, sie möge sich endlich wenn nicht zum Teufel, so doch in die Machtlosigkeit scheren. Wenn die von den Grünen vertretenen Minderheiten das Sagen erobern (die Macht, von der Joachim Hirsch spricht), werden die anderen zu Minderheiten — die wieder von den Grünen vertreten werden? Das institutionelle Leben kennt eben einige Tücken, die alle ihren strategischen Sinn haben. Sagen die Grünen aber über sich und von sich, sie vertreten doch die Beherrschten, so wäre dies die Anmaßung, substitutiv für die »wahren«, von den Massen nicht richtig verstandenen Interessen der Massen zu sein.⁷ Von der erwähnten Anmaßung bis zum Avantgarde-Anspruch ist der Weg nicht weit und von da aus bis zurück in die Repräsentation der Herrschaft fehlen nur noch wenige Schritte: die Vertreter einer Avantgarde in einem bürgerlichen Parlament melden bald den anderen Anspruch an, an der Macht beteiligt zu werden oder sie zu erobern. Darin mag Hirsch durchaus Recht haben — vorausgesetzt, die Grünen verstünden sich tatsächlich als Avantgarde einer die ganze Nation

über alle Klassen hinweg rettenden Bewegung — oder Organisation: also doch als Elite, die die jeweils richtigere Entscheidung zu treffen weiß.

Die politische Bedeutung, der Sinn (und damit das Wichtigste für ihre eigene Strategie) kann aber — so will es mir scheinen — nur darin liegen, als *disfunktionaler* Stachel zu handeln, der bewußt destabilisieren und — poetisch gesprochen — ganz eindeutig neue Ufer ansteuern will; wie etwa die Radikale Partei (bis vor kurzem) und Democrazia proletaria (vorläufig immer noch) in Italien. Freilich lockt die Ministeriabilität auch in diesen Gruppen sehr dazu, die Disfunktionalität zu leugnen und sich als Einbringer des Dissenses in den allgemeinen Konsens zu betätigen. Die westdeutsche Ideologie hat einen besonderen und besonders attraktiven, für die mitteleuropäische Kultur beinahe unwiderstehlichen Lockvogel entdeckt, um die Grünen — wie es auch entsprechend heißt — in die Pflicht zu nehmen: die »politische Verantwortung«. Diese zeigt ein doppeltes Gesicht: ein moralisches und ein im richtigen Sinn politisches. Moralisch werden die Grünen aufgefordert, sich verantwortlich, das heißt schlicht: regelkonform und verfahrensfunktional zu verhalten. So werden sie jeweils belohnt, wenn ihr »Abstimmungsverhalten« oder ihr allgemeines parlamentarisches Benehmen sich in dem vorgesehenen Rahmen hält: sie hätten sich »verantwortlich« verhalten. Politisch hingegen bedeutet politische Verantwortung die Willigkeit, sie auch zu übernehmen, also bereit sein, zu regieren und sich in die Repräsentation der Herrschaft einzufügen. Mögen sich die Grünen entscheiden. Sie stehen — wiederum — vor dem gleichen Problem wie die Sozialdemokraten am Ende des vorigen Jahrhunderts: dürfen sie in eine herzogliche Regierung eintreten, oder verraten sie damit die Klassentreue und den geschichtlichen Auftrag? Sie traten ein — mit den bekannten Folgen. Die Grünen verlorren aber ihre geschichtliche und gesellschaftliche Bedeutung, auch wenn sie an Macht gewönnten, stellten sie sich auf die Seite der »Regierenden« gegenüber den »Regierten«. Der Lockvogel der »politischen Verantwortung« kommt übrigens nicht von irgendwo her; entspricht und entspringt vielmehr der Logik des bürgerlichen Denkens, dem es unbegreiflich bleibt, daß jemand sich aktiv mit der Politik beschäftigt, aber nicht »regieren« will.

Was wollen und sollen also die Grünen, was sollen sie wollen: politikfähig, koalitionsfähig, regierungsfähig werden; oder Orientierungspunkt, Organisationsmöglichkeit einer fundamentalen »Welle« bleiben. Sie haben diese zwei Möglichkeiten deutlich vor sich — mit all den Widersprüchen, Unsicherheiten, möglichen Enttäuschungen (und Täuschungen), die in jeder Möglichkeit stecken: entweder durchgängige Alternative, oder Koalitionspartner einer verfassungskonformen, herrschaftsbestimmten Alternanz werden, eines bloßen Regierungswechsels. Immerhin: das gleiche Dilemma, vor dem Italiens kommunistische Partei steht. Einem kann am Ende doch Versöhnliches einfallen: nicht, daß ein Regierungswechsel als wirkliche Alternanz abzulehnen wäre. Es gibt in der Tat auch das geringere Übel, das zugleich Vorteile, die Möglichkeit eines freieren Atems — und die Illusion des sozialen Staats mit sich bringt. Nur: die Alternanz kehrt den Prozeß der Involution nicht um; gibt ihr nur das berühmte menschlichere Gesicht. Ist dies die einzige Aussicht, der einzige Ausweg: die Herrschaft mit menschlichem Gesicht? Ich komme am Ende noch einmal darauf zurück.

Nachtrag zur institutionellen Strategie

Eine Vorbemerkung: wenn ich von institutioneller Strategie oder von einem bewußt eingeleiteten Involutionsprozeß rede, also von staatlicherseits vorgenommener Gesellschaftspla-

nung und einer bewußten Steuerung der Reproduktion, zum Beispiel von dem *institutionell* vorgenommenen Versuch, die Konfliktualität von der Produktionsebene auf die Distributionsebene zu verlagern, so findet sich schnell der einschlägige Einwand: »Verschwörungstheorie«. Der Gegeneinwand ist nicht schwer. Erstens bedeutet bewußtes Handeln nicht willkürliches Handeln — keine Schmittsche Velleität also; aber auch nicht politisch gewolltes, autonomes Handeln. Es ergibt sich vielmehr aus der Einsicht in die Notwendigkeit bestimmter politischer Maßnahmen um bestimmter gesellschaftlicher Ziele wegen — wenn man so will: aus einer Zweck-Mittel-Relation. Der ganze, groß angelegte und jämmerlich gescheiterte korporativistische Versuch der 30er Jahre in Italien ging genau darauf zurück, durch entsprechende institutionelle Reformen, Gesetze, Regeln, die Permanenz des Klassenkampfes in Italien zu brechen. Nicht das Scheitern ist dabei wichtig, sondern der Versuch einer Planung und Steuerung gesellschaftlicher Prozesse (Cassese nennt daher den italienischen Korporationsminister Giuseppe Bottai den »ersten großen Gesellschaftsplaner« der Gegenwart). Zweitens, und abgesehen davon, daß die Verschwörungstheorie-Kritiker sich mindestens dem Anschein nach an die »Protokolle der Weisen von Zion«, also an eine Fälschung zu halten scheinen: »Verschwörung« und Planung meinen zwei sehr verschiedene Dinge. Die Verschwörung — von Catilina über die Pazzi und Babeufs Gleiche bis zum 20. Juni — will bestehende Herrschaftsformen niederreißen, gerade herrschende Gruppen ablösen, ist auf Destruktion aus: wobei die Frage der Beurteilung eine Frage der Zielsetzung sein dürfte. Planung will bewahren und konstruieren oder rekonstruieren; sie geht von der Unvermeidlichkeit kontrollierter Prozesse aus: staatlich vorgenommene, versuchte oder herbeigewünschte Gesellschaftsplanung dient der Reproduktion gegebener Strukturen, nicht der Destruktion. Mit dem Ausdruck »Verschwörung« wird — mit anderen Worten — nichts begriffen, sondern salopp daneben gegriffen. Und schließlich geht es bei den »Verschwörungsvorwürfen um Seltsameres: um den naiven Glauben, den man auch Orthodoxie nennt, es ließe sich in der gesellschaftlichen Entwicklung des Kapitalverhältnisses, der Klassenbewegung, der abhängigen Massen und der politischen Form gar nicht planen, da alles blind »nach dem Gesetz des Wertes« (an dem ich im anderen Zusammenhang durchaus festhalte) vor sich ginge, ohne daß Subjekte sich verändernd, bestimmend, bedringend dazwischen schalteten (oder schlicht — um Marx zu zitieren — »der Zufall«). Hinter diesem »Ökonomismus«, der sich für historischen Materialismus hält, steht die Fassungslosigkeit des Denkens vor der Wirklichkeit. Irgendwo bemerkt Bernhard Blanke, die von mir festgestellte und von ihm als Darstellung der Zustände akzeptierte Verlagerung von der Produktion auf die Distribution sei nicht »das Ergebnis bewußter Strategie, sondern Ergebnis der Verkehrung des Klassenverhältnisses in der Produktion von Wert und Mehrwert durch die entwickelte Oberfläche der Konkurrenz«⁸. Abgesehen von der seltenen Unfreiwilligkeit der Komik in diesem Satz und von der doch tiefen Einsicht, daß auch eine Oberfläche sich entwickelt: sind Allendes Sturz, die Politik Reagans, »Kohls« Tendenzwende, die englische Wirtschaftspolitik, Italiens periodische Stangate gegen die abhängigen Klassen zwecks Sanierung der Wirtschaft und der Staatsbilanz alle über die Entwicklung der Oberfläche der Konkurrenz und damit über den Markt gelaufen? Wenn dem so ist: wozu braucht die kapitalistische Produktionsweise einen eigenen Staat?

Daß Gesellschaftsplanung und institutionelle Strategie in den westlichen Gesellschaften, und nicht nur in diesen, ein erfreuliches Durcheinander bieten und nicht immer durchschlagen, bedeutet noch lange nicht, sie fänden nicht statt und alles ginge »naturwüchsig« vor sich hin. Der »Sozialpakt« (in England und Italien) entsteht nicht naturwüchsig aus den Marktgeset-

zen, stellt vielmehr den Versuch dar, den aus den Fugen geratenen Markt wieder in die eigene Gesetzlichkeit zurückzuführen: bewußter Eingriff in das Verhältnis Arbeit-Kapital, um dessen (kapitalistisch verstandene) »Naturwüchsigkeit« und Normalität wiederherzustellen und den Arbeitsmarkt wieder akkumulationsgerecht zu regeln. Und den Textilunternehmern von Prato fiel die Wiedereinführung der massenhaften Heimarbeit auch nicht bewußtlos ein. Sie suchten und fanden einen, übrigens erfolgreichen, Ausweg, mit den Problemen der Konkurrenz und zugleich des Klassenkampfes fertig zu werden: seit der Verlagerung der Produktion in die »fabbrica diffusa«⁹ finden in Prato kaum noch Streiks statt; und der Export der Pratotextilien mit den geringen Produktionskosten ist gesichert.

Übersetzt sich diese Strategie ins Politische und wird sie also institutionell, so bedeutet dies keineswegs, daß die Wirklichkeit anders wird und sie sich sozusagen wesentlich ins Staatliche ergibt. Der Sozialpakt stammt nicht aus den Köpfen des Regierungspersonals, sondern aus den Vorschlägen der Unternehmer; und die »fabbrica diffusa« wurde nicht in Roms Wirtschaftsministerium ausgedacht. Das Kapital kam selber dahinter. Die Bedingungen der institutionellen Strategie und die Bedingungen aller Änderung und Verschiebung in der politischen Form (also die Bedingungen der Transformation der Demokratie, id est des Verfassungsstaates) »liegen außerhalb des unmittelbar staatlich-politischen Bereichs, werden uns aber bei dessen Analyse vermittelt und versteckt immer wieder begegnen: ... die Weiterbildung des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft« (TdD, 1968, 17). *Innerhalb* des staatlich-politischen Bereichs wird aber auch gedacht, geplant und gehandelt im Sinne und zum Nutzen der *außerhalb* sich entwickelnden Bedingungen.⁹

Doch der Vorbemerkung genug. Inhalt, Zweck und Legitimität der institutionellen Strategie decken sich mit dem »Zweck des Staates«, fallen aus dessen konstitutioneller Formalisierung nicht heraus: die Garantie der Reproduktion. Andersorts habe ich zur Genüge darauf hingewiesen und insistiert, daß die Probleme, vor denen die heutige Gesellschaft ihren Staat stellt, keine der so genannten »Unregierbarkeit« sind. Die Unregierbarkeit stellt vielmehr die bequeme politische Formel einer jeder Partei oder Parteigruppierung dar, die aus der Opposition in die Regierung hinüberwechseln möchte. In die Krise geraten ist die Reproduzierbarkeit der Gesellschaft — eine im Kern eben doch ökonomische Krise. Daher auch der oben erwähnte Abbau des Sozialstaats. Keine Strategie? Oder die Erfüllung einer schlichten geschichtlichen Aufgabe, eines sozialen Auftrages? Nur wer diese spezifische Aufgabe vergißt und sich in den Träumen eines geistersehenden Linken verliert, wundert sich über seine Ohnmacht gegen diese bestimmte Form der (sozialstaatlichen) Involution. Er begreift nicht, daß selbst das Wohlergehen der Bürger, das Gemeinwohl, nicht Zweck ist, sondern Mittel: zum Behufe der Reproduktion der Produktionsweise, der Herrschaftsstrukturen und der Verteilungsmodalitäten und -quantitäten. Kein schlechter Zweck fürwahr, wenn in der Tat das Gemeinwohl dabei herauskäme. Aber, wie schon oben gesagt: Gemeinwohl, Sozialstaat und »paritätische Verhältnisse« hören auf, wenn ihre Kosten die Akkumulationsrate gefährden. Da reißt der Geduldsfaden des Kapitals; da sind die Toleranzgrenzen gegenüber der Autonomie sozialstaatlicher Entscheidungen überschritten. Daß derartige Einsichten, eine solche Analyse über Funktion und Funktionieren des bürgerlichen Verfassungsstaats als »Parlamentarismus- und Pluralismuskritik« bezeichnet werden; daß das Problem der institutionellen Strategie derart verkürzt wird, bleibt mir unverständlich.¹⁰

* Wörtlich: »zerstreute Fabrik«. Gemeint ist die Dezentralisierung und Verlagerung der Produktionseinheiten in Klein-, Mittel- und Heimproduktion.

Ich sprach soeben von einer Deckung zwischen »Zweck des Staats« und institutioneller Strategie. Dagegen kann eingewendet werden, daß gerade eine solche gewollte, weil akkumulationsnotwendige Strategie in Konflikt gerät mit einer Verfassung, die nicht die Reproduktion des Kapitals garantiert, sondern die Grundrechte der Bürger. In dieser, aus guten liberalen Traditionen stammenden Sicht würde die Strategie sich außerhalb der Verfassung stellen — mit dem doppelten Ergebnis: daß auf der theoretischen Ebene die These von einer durch die ökonomisch-gesellschaftliche Lage bedingten Involution des Verfassungsstaats hinfällig wäre (da nicht der parlamentarische Staat *als solcher*, vielmehr die in seinem Rahmen betriebene Politik ein autoritäres Regime impliziert); und daß auf der praktischen Ebene eine Aktion gegen die (Involutions-) Strategie der betriebenen Politik geradezu die Würde einer Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung gegen ihren Mißbrauch erhielte. Dieses Arguments bedienen sich nicht nur die Grünen. Es tauchte auch im Zusammenhang mit der Friedensbewegung häufig auf.

Es geht dabei um das bekannte, immer wieder hergeholt Auseinanderklaffen zwischen der Verfassungsnorm und der wirklichen Politik. Bezieht man die Verfassung und ihre Grundsätze in die Kritik der wirklichen Politik ein, so will man offensichtlich, »daß eine gute Idee anhand ihrer schlechten Realität denunziert wird« — wie Thomas Schmid es einmal mit einem, aus der Sicht des oben erwähnten Einwands durchaus gegläckten Ausdruck schrieb. Bei dieser Rückkehr zum Schillerschen Unterschied zwischen dem Ideal und dem Leben (ich will die Sache nicht bis Platons Ideenlehre zurückverfolgen) wird der »Zweck des Staates« abermals idealisiert, um erst aus der Idealisierung eine mögliche Ablehnung der mit den Institutionen mißbräuchlich umgehenden Machtgruppe abzuleiten. Fürwahr, eine günstige Ausgangslage für eine jede Opposition, die nicht gleich verboten werden möchte: die Verfassungsfeinde sind die anderen, und nicht wir; die CDU und nicht die DKP; Kohl und nicht Grass; Lummer und nicht irgendwelche linke Demonstranten. Damit tut man dem Staat schlicht Unrecht. Der Verfassungsstaat hat viele Vorzüge, die nicht in Abrede gestellt zu werden brauchen. Er will aber eindeutig dem vorgeblichen Souverän die politische Macht entziehen, ihm die Ausübung tatsächlicher »Gewalt« institutionell versperren — durchaus in der Logik der liberal-bürgerlichen Politik. In der Tat stellt er eine präventive Konterrevolution in Permanenz dar: der wirkliche Inhalt der Verfassungspolitik — und für viele eine wirklich gute und gut ausgeführte Aufgabe. Aber genau in diesem Zusammenhang gewinnt die Veränderung, die Verschiebung im Stellenwert der einzelnen staatlichen Einrichtungen ihre geschichtliche, das heißt: durch die jeweilige ökonomisch-gesellschaftliche Lage bestimmte Bedeutung. Dies kann ersichtlich gemacht werden an einem der Kernelemente der Demokratie: am allgemeinen, freien Wahlrecht — einer Errungenschaft, auf die zu verzichten hirnrissig wäre, deren institutionell-funktionale Veränderungen aber begriffen werden müssen, damit die Errungenschaft wirklich eine solche bleibt und sich nicht in Fiktion auflöst. Das allgemeine, freie Wahlrecht erweckte bei den Konservativen zunächst den Anschein, es handle sich um »die behördliche Genehmigung zur permanenten Revolution«. Man richtete sich doch sehr nach den Hoffnungen des späten Engels. Heute sind wir alle klüger geworden: daraus wurde das sicherste Mittel, Revolutionen behördlich-rechtlich eher als zwecklos und überflüssig erscheinen zu lassen. »Revolution by consent« (Harold Laski) — und der Wahlzettel verdrängt die Gewehrkugel.

In der TdD habe ich einiges dazu geäußert. Aber: die Schillersche Scheidung von Ideal und Leben schwingt als *basso continuo* im Titel der Transformation mit und wurde zuweilen auch von einigen als der Kern der Sache interpretiert — wohlwollend übrigens, und als Bescheini-

gung der am Ende doch verfassungskonformen, botmäßigen Gesinnung. Es ginge also auch in der TdD um eine gute Idee, den parlamentarischen Verfassungsstaat, deren Verwirklichung durch widrige Umstände schief gelaufen sei. Ich halte indessen nicht viel von dieser — sagen wir — »Marburger« Kritik an der politischen Wirklichkeit, von dem bekannten Bruch zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit, von dem vorhin die Rede war. Dieser Kritik liegt eben doch das Mißverständnis zugrunde, die Norm sei »an sich« gut, werde jedoch aus Gründen des Kapitalinteresses, der Macht und der mißratenen Natur mancher Politiker verfälscht und mißbraucht. Es gerät in Vergessenheit, daß die Verfassungsnorm handfest *normiert*, und keinen bloß »normativen«, ideellen Charakter hat: sie ist *lex posita*, keine *lex naturalis*, dem DIN-System eher verwandt als einem Wertsystem. Daher fällt sie in die Zuständigkeit eines Gerichts, und keiner Werte-Kommission. Eine derartige Norm schert aus einem gemeinten oder vermeintlichen Ideal heraus und schert sich nur um die Rückführung möglicher ideeller Vorstellungen auf das wirkliche Leben; setzt dem Ideal oder der Ideologie die Schranken, die von einer gesellschaftlichen Formation gefordert werden — um ihrer eigenen Reproduzierbarkeit willen. Derart hebt die Verfassungsnorm das unterstellte Ideal der Volkssouveränität auf (GG, Art. 20). Insofern ist es müßig, oder einfach idealistisch, verfassungsgerichtliche Entscheidungen gegen die Rüstungspolitik einer Regierung einzufordern, weil eine solche Politik gegen den Willen und die Interessen einer großen Mehrheit der Bevölkerung verstoße. Das Verfassungsgericht muß ein solches Ansinnen abweisen, da die *Norm* (und nicht erst deren Wirklichkeit) vorschreibt und *festschreibt* (Art. 20 GG darf bekanntlich nicht geändert werden), daß besondere Organe des Staates, und nicht das Volk die Politik zu bestimmen und die Gewalt auszuüben haben (über die Logik dieser Normierung siehe oben; und auch über ihren durchaus rationalen Charakter). Aber gerade die »Staatsgewalt«, die *Machtausübung*, deren Normierung, auch deren Schranken (Grundrechte-Garantie) sind Gegenstand der Verfassung — und dieser Gegenstand wird ganz und gar wirklichkeitskonform und wirklichkeitsgemäß verfaßt. Verfassungsmäßig drängt das Volk nie in den »Palast« der staatlichen Macht, ins Zimmer, wo sich die Schalthebel befinden (also in die berühmte »camera dei bottoni«). Das Volk hört sich an, was der Palast verkündet und führt das Verkündete aus: Krieg, Frieden, Aufrüstung, Steuerzahlung, Entwicklungshilfe, Sozialstaat, dessen Abbau und einiges mehr. Hierin hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten nicht viel geändert. Und es ist auch nicht so, als ob diese Zustände im geschichtlichen Widerspruch zum Grundgesetz stünden. Die »Väter des GG« waren alles andere als demosorientierte Idealisten, denen dann später normenbrechende Politiker gefolgt wären. Sie wußten vielmehr, was sie taten und was sie wollten (und zum Teil nur wollen durften): eine demokratische Verfassung durchaus, eine echte und wirkliche Demokratie — mit dem demos vor der Tür und in der Wahlkabine, das kratein fest im Palast.

Zuweilen erfolgt auch ein Sturm auf den Palast. Diese Möglichkeit ist aber nicht Gegenstand dieser commemorativen Erörterung. Seit 1949 funktioniert die Verbindung von Norm und Wirklichkeit vorzüglich, in effizienter Form, auch wenn es ab und zu Pannen und Peinlichkeiten gab; funktioniert übrigens auch hinsichtlich der Grundrechte-Garantie, in den bekannten Grenzen, die nicht von der Willkür der politischen Klasse (oder: nicht immer), sondern von den Zwängen der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung diktiert werden. Mehr Sicherheit und Stabilität oder mehr Freiheit und subversives Treiben?

Die Entscheidung für die Sicherheit schlägt an einer anderen Stelle des Grundgesetzes durch, die konsequent der Souveränitätssperre des Artikel 20 entspricht; in anderen westlichen, bürgerlichen Verfassungen aber undenkbar wäre. Die Souveränitätssperre wird in der grunde-

setzlichen Regelung der parteipolitischen Freiheit auf die innenpolitische Organisationsebene übertragen: das »Ideal« der uneingeschränkten Parteibildung findet seine eingeschränkte Wirklichkeit in der *Norm*, die Parteien hätten verfassungskonform zu sein. Verbindet man Artikel 21 des GG mit dem berüchtigten Artikel 18 (der die am Anfang stehende, »die Gesetzgebung bindende« Verpflichtung auf die Menschenrechte einfach außer Kraft setzt), so kommt man zu dem erstaunlichen Schluß, daß in der BRD der grundsätzliche Verfassungsdissens einfach unter Verbot steht — und nicht nur für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Nirgendwo, formell nicht einmal in den sich realsozialistisch nennenden Ländern, wird so klar als Norm festgelegt, daß die Kritik an den Normen verfassungswidrig und als solche polizeilich verfolgungswürdig seien — es versteht sich: sofern die Kritik sich organisiert und praktisch wird. Beschränkt sie sich auf wissenschaftlich-akademische Erörterungen, so bleibt sie unbehelligt. Denn — heute wie vor zwanzig Jahren, heute vermutlich etwas schärfer — wird die Grenze einer zugelassenen Kritik »weder von der Schärfe noch von der Richtigkeit bestimmt, sondern von deren politischer Zielsetzung ... und von dem Ausmaß der öffentlichen Wirksamkeit ... Die Grenze wird also von der Schwelle der Sozialwirksamkeit bestimmt« (TdD 1968, 85 f.). »Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit.« Haben auch solche Sprüche — wie die libelli — ihre fortunam? Mit diesem Prinzip spielte schon Mussolini bei der Einbringung des Parteienverbots im italienischen Parlament 1925. Ursprünglich aber stellte der Satz das Motto des jakobinischen Wohlfahrtausschusses dar. Transformationen allenthalben also, auch im Ideologischen: anfangs gegen jeglichen Feind der Revolution gerichtet, kehrt sich das Prinzip heute gegen jeden revolutionären Versuch. Bruch zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit, zwischen idealer parlamentarischer Demokratie und institutioneller Strategie? Es kommt mir so vor, als hätten die Bruch-Verfechter nur einige Artikel des GG zur Kenntnis genommen und nicht bemerkt, daß *die Verfassungsnorm die in eine Regel gegossene Wirklichkeit* ist — eben die Formalisierung der wirklichen Herrschaftsverhältnisse. (Entspringt die Verfassungsnorm hingegen Bedürfnissen und Erwartungen der Emanzipation und widerspricht sie zugleich den Forderungen der Herrschaft und derjenigen, die die Macht in den Händen haben, so wird sie suspendiert. Aus diesem Grund trat die jakobinische Verfassung von 1793 nicht in Kraft, wurde vielmehr von ihren eigenen Vätern außer Kraft gesetzt.)

Aber zurück zur institutionellen Strategie und zum (normgemäßen) Funktionieren der Funktion, die der Form Staat zusteht. Und zwar mit einer Erinnerung, die zunächst nicht am Platze zu sein scheint, jedoch zur Sache gehört, da eine solche Strategie sehr mit dem Versuch zusammenhängt, gesellschaftliche Prozesse zu planen oder planbar zu machen; und sie staatlich-politisch (also nicht nur informell) zu steuern: mit einer Erinnerung an das korporative Modell. In der letzten Zeit hat sich die Diskussion darüber etwas gelegt, ohne daß das Thema selbst oder die Perspektive gegenstandslos geworden wären. Der Korporativismus, mit dem in Italien das faschistische Regime den permanenten Konflikt von Arbeit und Kapital formalisierte und akkumulationsdienlich einfangen wollte, übt immer noch seine Faszination aus. (»Ohne soziale Konflikte gibt es keinen Fortschritt; nur müssen sie in eine rechtliche Form eingebunden werden« — so sinngemäß Giuseppe Bottai, Korporationsminister der 30er Jahre.) Die »Technik des sozialen Friedens« — in der TdD als Kernpunkt der bürgerlichen Politik betrachtet — kann ideologisch viele Gestalten annehmen. Das korporative Modell stellt eine Gestalt unter vielen dar — freilich die am meisten überzeugende, um die es nur deshalb still geworden ist, weil in aller Klammheimlichkeit die Strategie des »sozialen Paktes« fast überall sich durchsetzen konnte, dank der bekannten, aktuellen Schwächung der arbei-

tenden Klassen und deren Organisationen. Wie dem auch sei: die am besten korporativistisch verfaßbare Technik des sozialen Friedens bleibt nach wie vor das allgemeine Wunschziel kapitalistischer Gesellschaften und die besondere Aufgabe ihres Staats. Sodann ist daran zu erinnern, daß von Großbritannien über die BRD bis Italien versucht wird, die politische »Normalanlage« wiederherzustellen, in die die Revolten, Rebellionen und Proteste (und zum Teil auch die Reformen) 1967-1977 eingebrochen waren. Von der Ökonomie bis zur Kulturpolitik ist man allenthalben fleißig am Werk: die »unabhängige Variable« der Turiner Arbeiterfiel der Restauration ebenso zum Opfer wie die deutsche Bildungsreform. Um einen förmlichen Einbruch hatte es sich in der Tat gehandelt, durch den »die Straße«, also die außerinstitutionelle Bewegung, ohne in der Lage zu sein, den Palast zu erstürmen, einiges erreichte, was die Institutionen von sich aus nicht geben wollten. Und wer zum Beispiel meint, die sogenannte »Liberalisierung der Abtreibung« — eine furchtbare sprachliche Wendung, um das Recht der Frau auf freie Mutterschaft systemgemäß zu formulieren — sei der Einsicht des »Bundestags und der in ihm vertretenen Parteien« (so die bekannte Formel) zu verdanken, und nicht dem zunehmenden Druck der Frauenstraße, wenn auch gestärkt durch das Desinteresse des Kapitals an der Sache, der korrigiert ganz entschieden die fortune (Lessing, Minna von Barnhelm). Die unmittelbare Konfrontation zwischen der Straße, also einer autonom gewordenen Teil-Gesellschaft und den »legitimen« Staatsorganen löste sich leider auf oder übernahm die irrationalen Formen der bürgerlichen politischen Rationalität, als während der 70er Jahre die Rebellion (oder die APO — ein Wort steht stellvertretend für viele andere) in die gedoppelte Erscheinungsweise des Staats einmündete und selbst zur Institutionalisierung verkam: »Marsch durch die Institutionen« einerseits; auf der anderen Seite Kaderpartei-Bildung. Anstelle der Kampfansage an die Politik trat die Anpassung an die Politik: Mitmachen an der Macht oder abstraktes Sieben nach der »Eroberung der Staatsmacht« durch die stärkste der Parteien.

Die Macht der Institutionen und die Wiederherstellung des sozialen Friedens, also der Normalanlage der Reproduktion zeigte sich am deutlichsten am Scheitern der Bewegung, die anfänglich von allen als Neubeginn, als Wiedergeburt oder als Rebellion gefürchtet, gefeiert — und wissenschaftlich-positivistisch operationalisiert wurde. Die Friedensbewegung trat an, nicht als harmloser Osterspaziergang zum Behufe der Mahnung und Ermahnung der Mächtigen; noch wollte sie bloß den Friedenswillen des Volkes bekunden und der Weltöffentlichkeit vorweisen, auf welcher Seite die höhere Moralität stand. Dies zwar auch. Ihr Ziel aber lag im Politischen: in der Ablösung der vernunftwidrig, im Wortsinne verrückt gewordenen Rüstungspolitik von oben durch eine von unten bestimmte Massentrationalität. Sie wollte keineswegs nur demonstrieren, sondern konkret die Aufstellung der Raketen verhindern, die ins Taumeln geratene Spirale der Kriegsvorbereitung kappen — und dem Palast die Antipolitik aufzwingen: die Macht zur *raison*, zum *raisonnement* bringen. Was dabei zerbrach, war mehr als nur ein Thema oder ein Ereignis der tagespolitischen Geschäftsordnung — so etwa nach der üblichen Art, daß demonstriert wurde wie gehabt, und wie gehabt alles wieder nach Hause ging. Es scheiterte vielmehr die Hoffnung, das Parlament (die Bundestagsmehrheit) und der Palast ließen sich durch Millionen friedlicher Bürger beeindrucken oder sogar beeinflussen; die Straße könne der Opposition zur Radikalität verhelfen und die Verschiebung vom Sozialstaat zum Macht- und Rüstungsstaat (also doch: den Involutionsprozeß) stoppen, die Tendenz umkehren, »mehr Demokratie« verwirklichen — und dabei strikt im institutionellen bleiben. Aus der friedlich-friedfertigen Konfrontation ging der Verfassungsstaat als Machtstaat gestärkt hervor, gerade weil der Protest auf die »Belehrbarkeit« gesetzt hatte (viele

Politiker sprachen in der Tat von »Lernprozessen«, die bei ihnen stattgefunden hätten) und eine gesellschaftliche Autonomie gegen den Staat gar nicht haben wollte noch konnte. Eine Ausnahme bildeten einige Dichter, Denker und Rechtsgelehrte, die auf den Begriff der Sache (sozusagen berufsmäßig) kamen und zum aktiven Widerstand aufriefen. Sie selbst blieben freilich auf halbem Wege stehen und beim bloßen Aufruf oder bei Blockaden mit geringer polizeilich-gerichtlicher Gefährdung. Exemplarisch: ein berühmter Berliner Professor der Rechte verkündete mit großem Mut im auditorium maximum der Freien Universität zu Berlin, der *Begriff* des Staatsfeinds müsse nach dem Raketenbeschluß des Bundestags »positiv besetzt« werden, klärte aber die Zuhörer nicht darüber auf, ob sie nunmehr auch staatsfeindlich handeln sollten. Als Sieger ging der Verfassungsstaat hervor: er bestätigte seine Liberalität (unvergeßlich für mich die aufrichtige Unredlichkeit, mit der Kanzler Kohl am Abend der berühmten »Menschenkette« dem moralischen Ernst der Friedensbewegung seine Reverenz brachte, um gleich kalt und wie immer lächelnd hinzuzufügen, die Regierung bleibe »unbeirrt« auf ihrem Rüstungskurs); er führte der gleichen, vom Protest angesprochenen Weltöffentlichkeit das Schauspiel seines demokratisch-rechtsstaatlichen Charakter vor und erhärtete, was und wo Herrschaft sei und wie ihre Übersetzung in politische Macht erfolge.

Ich sehe darin eine Verifizierung der Transformation, die in den staatlichen Einrichtungen bürgerlich verfaßter Gesellschaften erfolgt ist — ohne in Abrede zu stellen, daß die Übersetzung der außerinstitutionellen Friedensbewegung ins Parlamentarische sehr eindrucksvoll, obzwar erfolglos verlief. Aber an diesem Punkt melden sich die Zweifel wieder, denn im Grund fand die Kritik an der Funktion der Institute wieder eine Bestätigung. Es steht außer Frage, daß durch die Tätigkeit und das Treiben der Grünen, der Neuen Opposition also, im Bundestag das parlamentarische Leben anders geworden ist — zumindest streckenweise, mit einem, von der ursprünglichen Bewegung gar nicht bezweckten Ergebnis: mit der sogenannten Aufwertung des Parlaments und des parlamentarischen Systems. Nicht nur die grünen Abgeordneten haben inzwischen das Haus lieb gewonnen. Die Vehemenz, der Einsatz und die Beharrlichkeit, mit denen die Grünen versuchten, der Friedensbewegung gewissermaßen das berühmte parlamentarische Bein zu liefern, verdient Anerkennung und Zustimmung, führte aber wieder zu einer Legitimierung der bestehenden Zustände. Der Bundestag erstrahlte in einem gänzlich unverdienten, neuen Glanz, ohne daß sich an seiner Transmissionsaufgabe das geringste geändert hätte. Selbst die »rebellische Jugend« erkennt sich in den Debatten wieder. Das Interesse am bunten Treiben wächst — und zwar so sehr, daß die Unkenrufe der Konservativen über die von den Grünen gewollte »andere« Republik ungläubig geworden sind: die Präsenz der Grünen im Parlament wirkt nicht destabilisierend, bringt umgekehrt etliche dissidente Gruppen der Gesellschaft wieder heim ins Verfassungssystem. Wie weiland die Sozialdemokraten am angeblich kranken Bett des Kapitalismus, betätigen sich die Grünen heute — obzwar ungewollt — als Stützen der sonst kritisierten Ordnung. Die gesellschaftliche Opposition (mich übrigens eingeschlossen) freut sich sehr, daß in der Bundesrepublik und ihren Einrichtungen wieder *Fraktur* geredet wird. Die Macht freilich: der Palast setzt *weiterhin antiqua*.

Darin liegt eine zweite Verifizierung der fortschreitenden Transformation. Aus Unkenntnis, aber auch aus Hoffnung und Illusion akzeptiert die Neue Opposition die strategische Linie der Macht. Die Entscheidung, sich staatspolitisch zu betätigen: als Partei und als Parlamentsfraktion, durchaus von vielen erwartet und erhofft und herbeigeschworen, nährte von Neuem ein falsches Verständnis von Politik und Staat — ein Verständnis allerdings, das für die Einbindung möglicher fundamentaloppositioneller Bewegungen viel beiträgt. Beides: Poli-

tik und Staat, werden als beliebig verfügbare Größen betrachtet, bei denen nur eines wichtig zu sein scheint, wer nämlich sie bestimmt und in der Hand hält. (Da hat die »Machteroberung« von Joachim Hirsch sozusagen ihren richtigen Platz.) In dieser, von aller geschichtlichen Erfahrung und von aller theoretischen Erkenntnis baren Sicht wird schlichtweg vergessen, daß auch politische Formen nur Formen eines bestimmten gesellschaftlichen Inhalts sind; daß die häufig erwähnte Interdependenz von Ökonomie und Politik keineswegs bedeutet, daß Politiker (der jeweils anderen Richtung) eingekauft werden können. In der Interdependenz vermählt sich eine Produktionsweise mit einer Staatsform — korrekter gesprochen: die kapitalistische Produktionsweise mit der Form Staat. Ausstieg aus der Industriegesellschaft? Auch Piero Ingrao spricht inzwischen wieder vom Ausstieg aus dem Kapitalismus, di Stato oder privato. Aber der kluge Ingrao weiß, was dies politisch bedeutet. Daher ist er (wieder) zum »Movimentista« geworden. Denn Ausstieg aus dem Kapitalismus (bürgerlich gesprochen: aus der Industriegesellschaft) und Eintritt in den Parlamentarismus — das ist ein schwarzer Schimmel. Wer für eine bestimmte politische Form eintritt, soll den Mut haben, auch deren ökonomische Basis zu akzeptieren. Joseph Huber verdient durchaus Respekt, wenn er — ein sehr konsequenter Verfechter der parlamentarischen Strategie — meint, er habe gegen den Kapitalismus nichts einzuwenden. Derart begibt sich die gesellschaftliche Organisation des Dissenses in aller Breite: von der Friedensbewegung bis zur alternativen Wirtschaft, nicht ohne Stolz und fröhlichen oppositionellen Geist in den Staat, unterwirft sich den vorgesehenen Spielregeln und verwandelt sich, also transformiert sich zu einem unverzichtbaren Bestandteil der institutionellen Strategie. So vollzieht sich, sicherlich von den Grünen ungewollt, die Rückkehr zur puren Herrschaft des eigentlichen Subjekts des bürgerlichen Staats. »Weniger Staat, mehr Markt.« Es ist nicht einmal eine Interpretationsfrage, ob in den letzten zwanzig Jahren die institutionelle Strategie des Verfassungsstaats Früchte getragen habe. Stärker als die Gutwilligen war sie allemal. Nur in den Ansätzen und für eine kurze Zeit konnte bei der Berliner Alternativen Liste sich so etwas wie die parlamentarische Verlängerung der Hausbesetzer-Bewegung herausbilden: die Übersetzung einer praktischen Kritik der Politik in die negativ-kritische Präsenz auf der vormaligen »Tribüne des Klassenkampfes«. Ansonsten scheint mir die strategische Rechnung voll aufzugehen: statt eine Fundamentalopposition zu sein, erfüllen die Grünen die Aufgabe aller institutionskonformen Opposition: die mögliche Rebellion zur Ordnung zu rufen und in die Ordnung zurückzuholen. Wie vormals die Sozialdemokratie. Nur ist der Lauf der Welt, durch die technologische Entwicklung bedingt und zur Reduktion von Komplexitäten, also zur Vereinfachung neigend, schneller geworden. Die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung in der II. Internationale brauchten im vorigen Jahrhundert einige Jahrzehnte, um die Frage zu klären, ob ein Sozialdemokrat (oder in Frankreich ein Sozialist) Minister in einem bürgerlichen (oder in Deutschland herzoglichen) Kabinett werden dürfe. Einige sprachen vom Verrat an der proletarischen Revolution, andere vom Possibilismus — schon damals also vom möglichen alternativen Gebrauch der verfassungsmäßigen Institutionen. Bei den Grünen stellte sich die Frage der Ministerialität schon nach zwei Jahren. Wiederholt sich die Geschichte abermals als Komödie?

Das Ganze will heißen: eine Kommemorationsfeier kann nicht stattfinden. Der »Transformation der Demokratie« (TdD) kann nicht bloß gedacht werden, weil die Transformation der Demokratie immer noch weiter geht. So weit zur Aktualität.

Zwei Schlußbemerkungen nebst zusätzlichen Überlegungen

Erstens: Während der Wirtschaftskrise der 30er Jahre wurde darüber diskutiert, ob es sich um eine Krise *des* Systems oder *im* System handle. Die damalige Krise zeigte am Ende ihren sozusagen ordnungsgemäßen zyklischen Charakter. Das Kapital konnte sich regenerieren, die Akkumulation auf der bekannten »höheren Stufenleiter« wieder anlaufen, die Arbeitslosigkeit durch die höheren Anforderungen an die Warenproduktion absorbiert werden. Bei der heutigen Krise stellt sich nach meiner Mutmaßung die Frage anders. Die Ankurbelung der Akkumulation (bürgerlich gesprochen: die gebesserte Konjunkturlage) und die Erhöhung der Masse produzierter Güter läßt die Massenarbeitslosigkeit nicht verschwinden. Die Lösung der Krise gerät einseitig: das Kapital erholt sich, die Arbeit bleibt auf der Straße. Das »magische Viereck« ist endgültig gesprengt. *Die Krise ist nicht mehr zyklisch, sondern endemisch* und hat sich von einer möglichen Wachstumsrate losgemacht. Das will heißen: selbst die (lang ersehnte) Erhöhung der Wachstumsrate löst die Probleme nicht. Die kapitalistisch produzierenden Gesellschaften müssen sich mit der permanenten Arbeitslosigkeit, mit der Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen, mit der Weiterbildung von Armutszonen abfinden. Bei allen Änderungen scheint am Kern der kapitalistischen Produktionsweise sich nichts verändert zu haben. »Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem *Übermaße des Reichtums* die bürgerliche Gesellschaft *nicht reich genug* ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern« (Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 245). Hegel fügte bekanntlich hinzu, nur der Staat könne die bürgerliche Gesellschaft aus diesem Widerspruch hinüberholen in eine, ihre Existenz garantierende Ordnung.

Daß es heute so weit kommen würde, hatte der italienische (bürgerliche) Nationalökonom De Cecco schon in der Zeit vermutet, als die erste große Weltwährungskrise kam und die schöne Welt von Bretton Woods in die Brüche ging: der Kapitalismus würde sich nicht mehr erholen, würde vielmehr von Krise zu Krise weiter existieren — dank einer besonderen Politik des Staates. Die endemische Krise hat für die politische Form der bürgerlichen Gesellschaft Folgen, die die Tendenz der 50er und 60er Jahre verstärken, und die eingeleiteten Veränderungen erhärten.

Gerät die Gesellschaft an ihrer Basis, der *Ökonomie* (wozu nach meiner Erkenntnis auch die ordnungsgemäße Klassenstruktur gehört), aus den Fugen, so muß sie *politisch* wieder zusammengefügt werden. Die jetzige Lage der kapitalistischen Wirtschaft fordert in noch stärkerem Maße als vor zwanzig Jahren die Transformation des Verfassungsstaats. Das Problem der Symbiose von Ökonomie und Politik, das tiefer greifen dürfte als bis zur Bonner Herrenausstattung, gewann inzwischen neue Dimensionen und entwickelte auch neue Methoden. Ein bekanntes Beispiel: was harmlos als Informatik in die Diskussion und in die Wirklichkeit eingeführt wurde und vor dessen Ausuferung alle Moralisten warnen, hat in der Tat Innovatorisches geschaffen. Die Informatik und deren Ausdehnung höhlt die letzten Reste und — sofern diese sich in die Institutionen begeben — die letzten Hoffnungen der konkreten Präsenz der Massen in der Politik aus; verschärft andererseits die Forderung des ökonomischen Systems (der Produktionsweise) nach der Geschlossenheit der Machtzentren, so wie sie praktisch die Machtzentralisierung fördert. Darin ähnelt die Informatik der Akkumulation: sie ist Mittel und Zweck zugleich. Hannah Arendt hat in ihrer letzten Schrift¹² sich mit diesem, politisch wie technologisch bedingten Ausschluß der Bevölkerung aus den Zentren wichtiger Entscheidungen, also: aus dem Palast befaßt. Ihr Urteil fällt dabei noch schärfer aus als das meinei-

ge. Dort, wo ich lediglich Involution zum autoritärem Staat feststelle, in der die bürgerlichen Einrichtungen der Macht funktional verändert, in ihrer konstitutionellen Form aber mehr oder weniger intakt bleiben, wittert Hannah Arendt das Aufkommen eines neuen Totalitarismus. Sie geht in ihrer Darstellung allerdings nicht aus von einer Analyse der Reproduktionsprobleme und der ständigen Anpassung des Staates an die Erfordernisse der Gesellschaft und an die neuen Forderungen der Ökonomie: Sie argumentiert nach guter bürgerlicher Methode auf der anthropologisch-moralischen Ebene, auf der in der Tat die von ihr gesehene Gefahren als düstere Zukunft erscheinen: den immer stärkeren Mangel an Einflußmöglichkeit der Bevölkerung auf die Politik — bis hin zur totalen Aussperrung — führt sie auf einen Degenerationsprozess des politischen Systems und der Politiker zurück. Daß es Degenerationserscheinungen gibt, läßt sich nicht abstreiten. Sie treffen aber nicht die ganze Wirklichkeit der Veränderungen in der politischen Form. Selbst ohne degenerierte Politiker und degenerierte Institutionen kommt die heutige Gesellschaft aus strukturellen Gründen um die autoritäre Involution nicht herum — wenn die fundamentale Opposition sich damit abfindet. (In diesem besonderen Sinn und als Versuch des Einbruchs in die Tendenz ist es durchaus richtig, die 60er Bewegung als antiautoritär zu bezeichnen. Sie zeigte freilich selbst zu wenig libertäre Züge.¹³)

Zweitens und klassisch ausgedrückt: der bürgerliche Verfassungsstaat, das heißt: die politische Form der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse hat alles Emanzipatorische abgestreift und entwickelt von sich aus und innerhalb ihrer Einrichtungen nichts mehr Innovatorisch-Humanes. Sie zeigt zunehmend die gleiche zerstörerische Wirkung, die an ihrer Basis die Produktionsweise und ihre Zielsetzung kennzeichnen. Emanzipation, gesellschaftliche Autonomie können nur noch — auf der Suche nach neuen Organisationsformen der Reproduktion ohne politischen Charakter (ohne Herrschaft und Macht, ohne Palast) — außerhalb der staatlichen Instanzen, Organe und Einrichtungen gefunden werden. Die Utopie der »Gesellschaft der Freien und Gleichen« (Marx) kann nicht als Gesetzesvorlage weder oppositioneller noch regierender Fraktionen in den Bundestag eingebracht werden. Marx hat uns freilich und leider nur die Aufgabe und das Problem, nicht die Lösung hinterlassen. Die Aufgabe mag zugleich als Anleitung dienen — Genaueres müssen wir selbst finden. Der kategorische Imperativ (oder Marx als Kantianer) gilt nach wie vor: es sind »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung). Marx geht aber über die Kantsche Moralkategorie der subjektiven Befreiung hinaus, holt Hegel herein und überholt ihn — und zielt auf die objektive Befreiung hin: Die Massen (»die Proletarier«) ... »befinden sich ... auch im direkten Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft sich bisher einen Gesamtausdruck gaben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen« (Deutsche Ideologie, I. Band, Kommunismus. Produktion der Verkehrsform selbst; Schlußsatz). Diese Verlötung von kategorischem Imperativ und Negation des Staats macht die zwei geschichtlichen Formen der Befreiung zu einer Einheit: die Freiheit eines Jeden wird erst dann Wirklichkeit, wenn der Zwangscharakter der Gesellschaft, in der Form Staat kodifiziert (der »Form der Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft« — Marx, Grundrisse. Einleitung) überwunden, abgeschafft wird. Welchen Staat nun, der der Lockeschen Fiktion, der Burkeschen Realität oder den Staat, auf den wir uns technologisch-politisch zubewegen, ist gleichgültig. Die *politische* Frage der Linken (eine politökonomische gibt es längst nicht mehr: der Kapitalismus, in der privaten wie in der staatlichen Fassung, gesund oder ungesund, verfault oder

blühend, ist ohnehin entlarvt) also betrifft den »guten« oder den »besseren«, mit mehr Demokratie ausgestatteten Staat nicht: die Frage nach dem erträglichen oder geringeren Übel. Niemandem wird das Recht abgestritten, ihn immer noch als Mittel der Emanzipation zu sehen, ihn »von innen heraus« verbessern zu wollen. Das ist fraglos historische linke Position, nur nicht mehr unser aktuelles Problem. Rhodus, oder der Punkt, bei dem es zu tanzen gilt, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, ist für uns woanders. Die Frage der Linken sieht das religiöse Bekenntnis zum demokratischen Staat, zum Rechtsstaat, zum besten aller Staaten überhaupt, nicht vor. Sie ist vielmehr die theoretische der Erkenntnis, ob und wie Emanzipation möglich wird, ob und wie die Massen zum emanzipatorischen Bewußtsein kommen: das Bedürfnis nach Freiheit zum Bewußtsein bringen. Und vor allem: ob sie es auch wollen. Aus der Erkenntnis, daß der Kapitalismus das Leben zerstört und sein Staat die Zerstörung institutionalisiert, kann der Schritt ins Emanzipatorische nicht unmittelbar vollzogen, noch die politische Zwangsanstalt negiert werden. Es muß allerhand mit materiellen Interessen und mit Bedürfnissen vermittelt werden, bis die Massen von sich aus das rationale Ziel der eigenen Befreiung von der Irrationalität einer blinden, teils auch bequemen Bevormundung und Ausbeutung vorziehen.

Dazu gehört auch Aufklärung, als Teil der Maulwurfs-Arbeit. Wir müssen uns dem schwierigen Geschäft zuwenden, dem Volk Mitteilung zu machen über das wirkliche Wesen der Verfassung (Kant); und neue Wege suchen. Denn der alte Weg, von Plato über Fichte bis zu Lenin: man müsse die Massen zu ihrem Glück und zur Freiheit zwingen, ist nicht nur theoretisch brüchig und intellektuell eine Legitimationsideologie der Macht. Viel schlimmer: er läßt alles bei den alten Verhältnissen (mit ausgewechseltem politischem oder gesellschaftlichem Personal), involviert auf jeweils andere Weise lustig weiter.

Im Übrigen steht es außer Frage, daß die »Transformation der Demokratie« heute anders geschrieben werden müßte — genau so wie die Bibel, Aristoteles Ethik, Hegels Phänomenologie des Geistes, selbstredend Marxens Kapital, Courths-Mahlers Romane und Salgaris »Sando can alla riscossa«. Ich nehme nicht einmal Collodis »Pinocchio«, also einen zeitlosen Klassiker aus; und mache offensichtlich »di tutta l'erba un fascio*« (wobei ich Wolfgang Kraushaar daran erinnern möchte, daß dieser italienische Spruch nichts mit Faschismus zu tun hat). Die Terminologie der TdD wäre anders, auch der Inhalt könnte hie und da anders aussehen. Man wird älter und weiser — also wäre die Argumentation stellenweise schärfer, die Kritik der Politik fiele kompromißloser und erbarmungsloser aus.

Vorläufiger Beschluß

Maulwurf-Arbeit also und mühsame Aufklärung: die übliche Minderheitsposition gegen die sprechende Mehrheit; ob auch gegen die schweigende, sei dahingestellt: da sie schweigt, bleibt es durchaus fraglich, was sie wirklich meint. Befreiung ist ein unmittelbares Bedürfnis, das sich zum Beispiel in dem stillen Wunsch eines jeden Untergebenen (Angestellten, Arbeiter, Studenten, Assistenten, Bundestagshinterbänker und der übrigen Masse der Abhängigen) konkretisiert, dem jeweiligen Vorgesetzten einmal einen Fußtritt zu verpassen (ich bäte um Nachsicht ob der unwissenschaftlichen Ausdrucksweise); oder in der klammheimlichen

* ital. Redensart: Kraut und Rüben zusammenwerfen. Agnoli meint hier gegen Kraushaar: Das Kräuterbündel (fascio) hat nichts mit dem Likförbündel des italienischen fascismo zu tun.

Freude des sogenannten kleinen Mannes und der nie erwähnten kleinen Frau, wenn großen Frauen und Männern gesellschaftlich Unerfreuliches widerfährt: Machtverlust, Prestige-Einbuße, Sturz vom Thron. Konservative Gemüter, ohnehin durch Verhaltenszwang daran gebunden, edel zu denken, werden von der Niedertracht des Pöbels sprechen. In diesem Zusammenhang halte ich es eher für angebracht, an die Mescalero-Botschaft zu erinnern, die 1977 durch allerlei unglückliche polizeiliche und staatsanwältliche Maßnahmen glücklicherweise allgemein bekannt wurde — die List der Vernunft (Hegel). »Eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), eine Gesellschaft ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei)«. Dies wäre die Reproduktion ohne objektiven Zwang, die bekannte Abschaffung des »politischen Charakters« der öffentlichen Gewalt (Marx) — das Verschwinden des Staats, dessen Funktionen von der Gesellschaft wieder eingeholt würden. Utopie und Sinnlosigkeit und Verrückung ins menschlich nicht Erreichbare? Wem dies alles Utopie bleibt, oder nicht einmal als Orientierungspunkt gesellschaftliche Praxis bleibt, soll schon aus Gründen der Denkdisziplin den Weg des Robert Michel gehen und für einen offen autoritär verfaßten Staat eintreten.

Viele Linken gehen indessen einen anderen, kompromißreichen und beschwerlichen Weg. Ohne den totalen Frieden mit dem Verfassungsstaat zu schließen (daher der Vorwurf, sie wollten schließlich doch »eine andere Republik), finden sie sich mit dessen Politik ab und versuchen, aus ihr Menschliches, Emanzipatorisches herauszuholen; genau so wie sie versuchen, die zugrunde liegende Produktionsweise menschlicher, sozialer und umweltfreundlicher zu machen. Ein verständliches Verhalten, welches zu schelten unangebracht wäre. Denn: sollte die radikale Umwälzung weder gemacht werden noch sich ereignen (und viele sind davon überzeugt), was bliebe denn anders übrig, als zu reformieren, zu reparieren, zu humanisieren? Ist die Lohnarbeit ein ewiges Gesetz, so gehört es zur linken Pflicht, den Arbeitsplatz zu humanisieren. Das Irrationale an dieser Perspektive liegt in ihrem Widerspruch zu den wirklichen Verhältnissen: alle Humanisierung setzt das Ende des inhumanen Zustands voraus; wirkliche Reformen setzen sich erst durch die erfolgreiche Revolution durch: »la nostra riforma é la rivoluzione«. Dies waren aber Parolen und Positionen der 60er Jahre. Zwanzig Jahre danach will ich also an den Reformern keine Schelte üben, ihre Illusionen vielmehr loben, sofern sie nicht richtig übergelaufen sind und dabei die zwar nicht richtige, aber doch bittere Erkenntnis des geringeren Übels zu einem freudigen Bekenntnis umstilisieren.

Nur dürfen die linken Reformen eine Eigentümlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung nicht vergessen. Verbesserungen kommen nicht von selbst, sie müssen den Herrschenden immer abgetrotzt werden. Und häufig lassen sie sich verwirklichen, nur wenn mit der Möglichkeit des »Schlimmeren« gewunken wird: das linksradikale Gespenst als Stachel eines möglichen Fortschritts. Fehlte der Hinweis auf die mögliche Gefährdung durch »Schlimmeres«, sähe keine Macht der Welt ein, warum etwas geändert, humanisiert werden sollte. Verbesserungen liegen hingegen nahe: sie sind systemfunktional. In der Tat eigentümlich: wenn links von den Linken, die man traditionell zu nennen pflegt, nichts ist, sinkt die traditionelle Linke zur Kraftlosigkeit herab und in die Systemgrenze der nützlichen Opposition — oder wird selbst zum »Extremen« erklärt. Als in Italien Autonomia operaia zerschlagen wurde, hörte in Turin Agnelli auf, nach einem kommunistischen Bürgermeister zu rufen; das Interesse der bürgerlichen Parteien an einer Zusammenarbeit mit der KPI erlosch; die scala mobile kam dem Stillstand nahe. Hätte es die Gefährdung der konstituierten Ordnung oder deren

* »Unsere Reform ist die Revolution.«

Zerstörung durch die Rebellion (gegen Götter und Helden und Herren) nicht gegeben, wären die Menschen nicht zu dem Begriff gekommen, daß die Herren »non esse coelo demissis* (Vico), kröchen wir immer noch auf allen Vieren. Die Geschichte kennt ihre eigene Ironie — auch Dialektik genannt. Und so kommt es, daß gerade diejenigen, die in der Geschichtsschreibung als die Schlimmen erscheinen — die Extremen, die Radikalen, die linke Radikalität — so etwas darstellen wie die Existenzbedingung — des reformerischen Strebens. Aber noch mehr: genau besehen haben die stets als »gescheitert« bezeichneten Rebellen, Häretiker und sonstigen subversiven Elemente mehr für die Humanisierung der Gesellschaft beigetragen als die »Sieger«: die jeweils konstituierte Macht, die jeweils herrschende Klasse, die jeweils geltende Ideologie — oder die erfolgreichen Reformer. Franz von Assisi leistete da Besseres als der Aquinate, Münzer und Bruno nutzten uns allen mehr als ihre Henker, Peter Brückner mehr als seine verfassungstreuen Verfolger.

Emblem der Humanisierung, nicht nur der Natur, sondern vor allem des Menschen bleibt der »gescheiterte« Prometheus. Seine Blütenräume reiften nicht — er sah aber darin keinen Grund, sich zu unterwerfen und der Götter und ihrer Macht zu achten.

Besser wäre es indessen, sich der Götter und der Macht zu entledigen: die Negation als Element der Befreiung.¹⁴

* ... nicht vom Himmel gesandt wurden.«

Anmerkungen

Die mit * gekennzeichneten Anmerkungen im Text sind Erläuterungen durch die Redaktion.

- 1 »Der SDA in der Nachkriegsgeschichte 1946-69 — Linksintellektueller Aufbruch zwischen 'Kulturrevolution' und 'kultureller Zerstörung'« vom 25.-27. Juni 1985, organisiert vom Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin.
- 2 »Das unendliche Urteil als unendliches wäre die Vollendung des sich selbst erfassenden Lebens, das in der Vorstellung bleibende Bewußtsein desselben aber verhält sich als Pissen«.
- 3 Als Information, Kuriosität und zum Behufe der politischen Bildung sei noch erwähnt, daß das erste faschistische Programm von 1919 die Einführung der »Wirtschaftsdemokratie« vorschlug.
- 4 Im gleichen Heft von »links« finden sich, nach Hirschs Reflexionen, einige Elukubrationen des Autors Dan Diner: »Politisierung des Parlaments« (S. 13 f.). »Denn der Antiparlamentarismus stellt notwendig die Frage nach dem Bürgerkrieg — oder der Antiparlamentarismus ist falsch«. Hobbes als Denkanstoß also. Hätte Diner geschrieben: wer gegen den Bürgerkrieg ist, hat sich zu entscheiden für Parlamentarismus, oder für Faschismus, oder für den realen Sozialismus, für die Dogenverfassung, für die römische Papstwahl, für die Pariser Kommune, oder gar für die Magnifica Comunità Cadorina (die bekanntlich ohne Staatseinrichtungen auskam), dann hätte es einen Sinn gehabt. Sonst handelt es sich wiederum um eine Vogelscheuche, um Jugendliche von einer außerinstitutionellen Opposition und von jeder gesellschaftlichen Autonomie fernzuhalten. Und was heißt denn »Bürgerkrieg«. Diner suggeriert dem Leser, Bürgerkrieg sei ein und allemal Brand und Mord und Totschlag; während die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft sich seit jeher in einem permanenten, wenngleich unauffälligen und zum Teil geregelten Bürgerkrieg befindet. Was sind denn Streiks und Aussperrungen anders als Erscheinungen dieses Permanenz-Zustands (bei Marx übrigens nachzulesen). Und überdies: man lese bei Machiavelli in den »Discorsi«, also beim republikanischen Machiavelli nach, was er auf der Suche nach den Gründen und der Grundlage der römischen republikanischen Freiheit entdeckte: den permanenten Bürgerkrieg zwischen Patriziern und Plebejern.

- 5 Der unfreundliche Ausdruck »Schattenboxen« stammt nicht von mir, sondern von einem unverdächtigen Vertreter des parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaats: Fritz René Alemann. Vgl. dazu TdD 1968, 58.
- 6 Den »Überlegungen zum bürgerlichen Staat« von 1975 erging es auch nicht viel besser. Einige Seiten aus diesem Wagenbach-Buch fanden Eingang in ein RAF-Papier, und einige andere Seiten, in denen ich Überlegungen über die Strategien des kapitalistischen Staates im Umgang mit etwaigen Unbotmäßigkeiten der abhängigen Klassen angestellt habe, wurden in einem köstlich zu lesenden Rotbuch veröffentlicht — als internes Instruktionspapier des Bonner Innenministeriums (Agnoli meint den unter dem Titel »Die Unschuld von Bonn« im Rotbuch-Verlag veröffentlichten Comic, Berlin 1976; d. Redaktion.)
- 7 Nebenbei bemerkt, obwohl es sich keineswegs um eine Nebensache handelt: die Schwierigkeit liegt darin, als wahr erkannte Interessen zu verbinden mit unmittelbar wirklichen Interessen. Die Grünen müßten eigentlich einen besonderen Sinn für den Widerspruch von höherer Wahrheit und unmittelbarem Bedürfnis besitzen. Wer nach einer Aspirin-Tablette greift, um seine Kopfschmerzen loszuwerden, hilft »in Wahrheit nicht sich selber, sondern dem Gewinnstreben eines multinationalen Konzerns. In Wirklichkeit aber will er seine Kopfschmerzen los werden. Da hilft ihm die Erkenntnis der Wahrheit seines Tuns ziemlich wenig.
- 8 Blankes Satz steht in dem von R. Ebbinghausen besorgten Band »Bürgerlicher Staat und politische Legitimation«, Frankfurt 1976, S. 210. Vgl. dazu auch Mandel-Agnoli (1980, 9): Mandels Reaktion auf das Blanke-Zitat: »Was heißt das?«. Meine Antwort: »Das weiß ich auch nicht, aber: ungeheuer theoretisch und durchdacht klingt es allemal«.
- 9 Weiteres zu dieser Thematik ist nachzulesen in Agnoli (1974); deutsch in: Narr (Hrsg.) (1977); und auch Agnoli (1983, 27-28).
- 10 Ich stelle vielmehr ausdrücklich fest, daß im Zusammenhang mit der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften das Parlament als Institut, der Pluralismus als Ideologie sehr zweckdienlich sind. Was ich kritisiere, sind die illusionären Vorstellungen über die Zentralität des Parlaments und über seine Vertretungsfunktionen. Und am Pluralismus kritisiere ich doch nicht die Wirklichkeit, daß es eine durchaus erfreuliche Pluralität gesellschaftlicher Gruppen, Erscheinungen, Interessen und Meinungen gibt; sondern daß diese Pluralität als Fundament der Politik ausgegeben wird und zur Rechtfertigung nicht pluraler, sondern einseitiger Klassenperspektiven herhalten muß. Nur ergab sich aus der Feststellung des frommen Charakters der Pluralismusedeologie auch die Notwendigkeit, Mitteilung zu machen über deren königlichen Lügencharakter (vgl. Platon): warum sie teils als nützlich, teils gar nicht als Lüge betrachtet wird.
- 11 So Th. Schmid in einem Verlagsbrief an einen Autor, dessen Manuskript abgelehnt wurde. Der Brief liegt mir vor. Auf diese Weise läßt sich allerdings vieles rechtfertigen. Es gibt Vieles, was »an sich« und als Idee gut ist, in der Ausführung aber und »für uns« ungünstig ausfällt.
- 12 Vgl. Hannah Arendt, *Politica e menzogna*, Sugar-Co ed. 1985. Mir ist dieses Buch nur in der italienischen Übersetzung zugänglich. Hannah Arendt meint gewiß nicht die oben erwähnte, platonische Königslüge. Aber auch diese war nichts weiteres als zweckdienliches Herrschaftsmittel (dtsch. Ausgabe erschien unter dem Titel »Wahrheit und Lüge in der Politik« im Jahr 1972).
- 13 Bei dem Ausdruck »libertär« fällt einem sofort die Bezeichnung »Ökolibertäre« ein: ein seltenes Beispiel sprachlicher Verkommenheit — oder eines bewußten ideologischen Betrugs. Denn »libertär« steht in den romanischen Sprachen für »anarchisch«. Die Ökolibertären hingegen treten für den Staat und in dessen Parlament ein; und sie möchten am liebsten das ganze Land mit einem dichten Netz staatlich-rechtlich durchsetzbarer (also gewaltförmiger) Gebote und Verbote überziehen. Im Namen des Wohls des ganzen Volkes, versteht sich. Eigentlich sollten sie sich Ökokonservative nennen. Wenn ich richtig sehe, gehören sie zu einer diffusen Gruppierung innerhalb der Grünen, die sich auf dem Weg zu einer Volkspartei neuen (diesmal richtigen) Typus befinden. Oder sie möchten den geschichtlich schon zweimal gescheiterten Versuch (bei den Jakobinern und mit dem Faschismus) wieder aufnehmen, die konfusen Zwischenschichten zu einer politisch machtfähigen (»politikfähigen«) Klasse zu konstituieren, um die gesellschaftlichen Sehnsüchte der Kleinbürger

endlich in Machtpolitik umzusetzen: den Reichen die Machtfülle einzuschränken, die Armen in der Ohnmacht zu lassen. Zu den Problemen des neuen Verhältnisses vom Machtstaat (wie gesagt: Rückzug aus dem sozialen Bereich) und bürgerlicher Gesellschaft vgl. meinen Aufsatz: *La statizzazione del sociale*, in der — *horribile dictu* — jesuitischen Zeitschrift *Fenomenologia e società*, 18, 1982, S. 203 ff. Die Mitwirkung der »Ökolibertären« an dem Verstaatungsprozeß habe ich darin nicht erwähnt.

14 Als Schlußanmerkung: eine mögliche »Falsifizierung« der TdD ginge für sie gut aus. Ich bin noch des Lernens fähig und lasse mich jederzeit eines Besseren belehren. Da müßte aber nachgewiesen werden, daß im Gegensatz zur Analyse der TdD und zu den hier vorgebrachten Perspektiven:

1. wir »mehr Demokratie« haben als vor zwanzig Jahren, das ist: daß in unserer Gesellschaft die Emanzipation so weit gediehen ist, daß der Abbau des Sozialstaats begleitet wird vom Abbau des Machtstaats und von der Zulassung fälschungsfähiger Ausweise;

2. die Delegation von sekundären Entscheidungen an die »Basis« (zum Beispiel in der wichtigen Frage nach einer Straßenumbenennung oder nach dem Bau einer Umgehungsstraße) gleichbedeutend ist mit der Verschiebung der Macht vom Palast zum Volk;

3. heute, nach dem Einzug der Grünen ins Parlament und nach dem oppositionellen, institutionskonformen Zugzwang der SPD der Bundestag sich dazu bequemt hat, etwas mehr zu sein als die »Fiktion« der Volksvertretung (Kelsen — vgl. dazu TdD 1968, 56); meine These von der Repräsentation der Herrschaft also hinfällig geworden ist;

4. der Bundestag in seiner Gesamtheit (und nicht in der, in der TdD analysierten Strukturierung in Machtzentren) das Haupt und das Herz der Staatsmacht bildet und die westdeutsche Politik bestimmt, was unter anderem grundgesetzwidrig wäre, da nach dem Grundgesetz die Exekutive: der Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. (Daß Kanzler Kohl sich grundgesetzwidrig verhält und nichts bestimmt — »ich tue doch nicht; ich rede bloß« — gehört nicht hierher).

5. emanzipatorische Gesetze z.B. Recht der Frauen betreffend, nicht als Folge des »Drucks von außen« zustande kamen, sondern genuin »aus der Mitte des Bundestags« vorgeschlagen und nur der tieferen Einsicht der Institutionen zu verdanken sind;

6. und schließlich die Symbiose von Ökonomie und Politik, das enge Zusammenwirken von den »Führungsgruppen der Ökonomie und der Politik« (Sprache der TdD) sich aufgelöst hat zugunsten einer größeren Einflußmöglichkeit der abhängigen Massen und einer größeren Autonomie der Gesellschaft gegenüber dem Staat des Kapitals.

Hier ist immer vom Bundestag die Rede, von der Bundesrepublik und ihrem Zustande. Die Kritik gilt aber auch für andere Länder, ist verallgemeinerbar und bezieht sich auf die westliche Gesellschaft und ihre Produktionsweise, auf die daraus entstehende politische Form. Die Involution ist weder eine Erfindung der TdD noch eine westdeutsche Erscheinung.

Literatur

- R. Ebbinghaus (Hrsg.) (1976): *Bürgerlicher Staat und politische Legitimation*, Frankfurt
J. Agnoli/P. Brückner (1967): *Transformation der Demokratie*, Frankfurt, 2. Auflage 1967
J. Agnoli (1974): *Competizione elettorale e conflitto sociale*, in: *Critica del Diritto*, 3, 1974
ders. (1977): *Wahlkampf und sozialer Konflikt*, in: W.-D. Narr (Hrsg.): *Auf dem Weg in den Einparteiensstaat*, Opladen 1977
ders. (1979): *Crisi e coscienza della crisi*, in: AAVV, *Correnti ideali e forze politiche in Europa*, Bologna
ders. (1983): *Stato di diritto: tardo capitalismo ed esperienza tedesca*, in: *Critica del Diritto*, 27-28, 1983
Hannah Arendt (1972): *Wahrheit und Lüge in der Politik*, München
D. Diner (1985): *Politisierung oder neue Biederkeit?*, in: »links«, März 1985
J. Hirsch (1985): *Von der Faszination des Staates*, in: »links«, März 1985
O. Kirchheimer (1967): *Politische Herrschaft*, Frankfurt
E. Mandel/J. Agnoli (1980): *Offener Marxismus*, Frankfurt

Charles Sabel Struktureller Wandel der Produktion und neue Gewerkschaftsstrategien*

Die nationalen Industriegewerkschaften, die das Rückgrat der Arbeiterbewegung in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten bilden, stehen vor drei eng miteinander verknüpften Problemen. Erstens sind sie nicht mehr in der Lage, die tagtäglichen Verhandlungen ihrer eigenen lokalen Vertreter am Arbeitsplatz und im Betrieb zu kontrollieren. In immer mehr Ländern, Firmen und sogar Betrieben versuchen die Arbeiter verzweifelt, ihre Arbeitsplätze zu halten oder ihre noch vorhandene Arbeitsmarktposition auszuschöpfen, indem sie Verträge über Lohnhöhe, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen unterschreiben, die den Prinzipien und oft sogar den ausdrücklichen Bestimmungen der landesweiten Tarifverträge zuwiderlaufen. Das einzige moderne kapitalistische Land, in dem die nationalen Gewerkschaften die Ausbreitung eines solchen Syndikalismus auf Firmen- oder Betriebsebene nicht befürchten müssen, ist Japan — ein Land, in dem die nationalen Gewerkschaften ohnehin nichts anderes sind als lockere Zusammenschlüsse einzelner Firmengewerkschaften.

Zweitens wird der Verlust der gewerkschaftlichen Kontrolle auf der Betriebsebene noch verschärft durch den weitgehenden Verlust des Einflusses der Gewerkschaften auf die nationale Wirtschaftspolitik, den sie Mitte der 70er Jahre gewonnen hatten. Das wiederholte Scheitern nationaler makroökonomischer Programme zur Wiederbelebung der Industrie in den letzten zehn Jahren führte dazu, daß viele rechts-orientierte Regierungen den Gewerkschaften und den von ihnen vertretenen Lohnsystemen die Schuld an der Krise anlasteten und sie deshalb angriffen, während links-orientierte Regierungen die Gewerkschaften als Apologeten und Vollstrecker bedauerlicher, aber unvermeidbarer Austeritäts-Politiken eingespannt haben.

In beiden Fällen jedoch machen es die institutionelle Unbeweglichkeit und der tägliche Überlebenskampf der Arbeiterbewegung fast unmöglich, Programme zu formulieren, die für die Zukunft mehr anstreben als die bloße Wiederholung der strategischen Erfolge der Vergangenheit.

Und drittens wird es für die Gewerkschaften immer schwieriger — zum Teil als Ursache, zum Teil auch als Folge dieses Kontrollverlustes auf lokaler und nationaler Ebene —, die Interessen ihrer Mitglieder mit den Interessen der Gesellschaft als ganzer zu vereinbaren. Vielfach wird der Kampf der Gewerkschaften für ihre Rechte im Betrieb oder für das System des Wohlfahrtsstaates, den sie mit aufgebaut haben, eher als Hemmschuh und nicht als Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung betrachtet, und der gewerkschaftliche Ruf nach Solidarität angesichts der ökonomischen Krise wird oft als Deckmantel für den Schutz privilegierter Minderheiten verstanden und nicht, wie noch in der jüngsten Vergangenheit, als Erinnerung an einen Grundwert des gesellschaftlichen Lebens und eine Vorbedingung für ökonomische Neustrukturierung. Und was vielleicht das schlimmste ist: immer häufiger müssen

* Vortrag auf der Konferenz »State, Economic Policy and Industrial Relations in Europe. Which Future in Sight?« Brescia, Sept. 1985, organisiert vom »Centro di Studi sociali e sindacali« und der »Associazione italiano per lo Studio delle Relazione Industriali«, leicht gekürzt.